



17. Heft | 10. September 1914

EDUARD DAVID · LUDWIG FRANK IST TOT



AS große Schicksal des Krieges läßt den Opfertod des einzelnen untergehen in der Masse der Verluste. Wie wenn ein vernichtender Orkan den Wald lichtet, stürzen die Tapferen. Aber dieser eine ragte zu groß und stolz empor, als daß sein Fall nicht noch für sich besonders weithin erschütternd wirkte. Millionen Herzen sind bei der Kunde von seinem Fall in jähem Schmerz zusammengezuckt. Die Trauer um Ludwig Frank wird noch lange schwer auf unserer Seele lasten.

Am Montag den 31. August zog er in Reih und Glied des Mannheimer Landwehrebataillons hinaus ins Feld. Die Mannheimer Wählerschaft gab dem Ausziehenden ihre Liebe und Verehrung kund. »Hoch Frank!«, »Leb wohl, Frank!«, »Auf Wiedersehen, Frank!« hallte es aus den dichten Reihen, die die Straßen säumten, und die Kameraden mußten dem Umjubelten die Fülle der Blumen abnehmen, mit denen er überschüttet wurde. So zog er hinaus, von der Woge der Begeisterung getragen, umleuchtet vom Glanz der Sommersonne, erfüllt vom Licht einer höchsten Mission.

Wenige Tage danach durchbohrte die tödliche Kugel seine herrliche Stirn und riß seinen Geist hinab in die Nacht des Nichts. Wahrlich, das Schicksal unseres Freundes ist rein menschlich gesehen von erschütternder Tragik.

Die Sozialdemokratie verliert an Ludwig Frank einen ihrer berufensten Führer. In raschem Aufstieg hatte er sich eine leitende Stellung und weitreichenden Einfluß im parteipolitischen Leben errungen. Ausgerüstet mit einem Verstand, der das Wesentliche in der Fülle der Erscheinungen rasch und scharf erfaßte, war er in schwierigen Situationen ein unschätzbare Berater. Seine glänzende Rednergabe und die Kraft seines Willens sicherten ihm eine weittragende Wirkung nach außen. Und dieser, auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit stehende Mann sank ins Grab zu einer Zeit, in der sich die Partei und das deutsche Volk vor die gewaltigsten Aufgaben der Neu- und Umgestaltung gestellt sehen werden. Die Lücke, die sein Tod reißt, ist auf lange hin unausfüllbar.

Auch für die Internationale war das Wirken Franks von besonderer Bedeutung. Er hatte im vorigen Jahr die erste Anregung zum Zusammentreten deutscher und französischer Parlamentarier zum Zweck der Verständigung beider Länder gegeben. Mit Eifer arbeitete er daran, daß der Zusammenkunft in Bern die zu Basel zu Pfingsten dieses Jahres folgte. In engster Zusammenarbeit mit Jean Jaurès war er dort bemüht das begonnene Werk zu fördern, dessen Ziel war: Freundschaft zwischen Deutschland und Frank-

reich, die es Frankreich ermöglichen sollte sich aus dem Bündnis mit dem Zarismus herauszulösen. Ich sehe sie beide noch vor mir, als sie sich dort die Hand zum Abschied schüttelten, frohbewegt Großes gefördert zu haben. Wer hätte geahnt, daß sie sich nicht wiedersehen sollten; daß die unserm Friedenswerk feindlichen Gewalten so rasch die Oberhand gewinnen, und daß sie die beiden stärksten Bahnbrecher einer bessern Zukunft als erste in die Vernichtung hineinreißen würden?

Ludwig Frank hat sich freiwillig in die vorderen Reihen der Kämpfer gestellt. Er zog aus eigenem Entschluß als Krieger gegen das Volk, um dessen Freundschaft er in Bern und Basel so ernst erworben hatte. Daran muß man denken, um die Größe der Gegenkraft, die ihn trieb, zu begreifen. Als die Entscheidung gefallen, als er Frankreich bereit sah im Bund mit Rußland Deutschland niederzuwerfen, da gab es keine Wahl mehr für ihn, da stellte er sich an die Seite des eigenen Landes, von der Überzeugung getragen, daß der Kampf Deutschlands gegen den blutbesudelten Zarismus zugleich die Sache der menschheitlichen Kultur sei.

Ludwig Frank hat sein Leben eingesetzt für seine politischen Ziele, die in der vollen politischen und kulturellen Entwicklung des arbeitenden Volks ihren Zusammenschluß fanden. Er hat sein Leben dabei verloren. Die Sozialdemokratie wird die Dankesschuld gegen ihn im Herzen tragen. Sein Opfertod wird in ihrer Geschichte unvergessen fortleben, und er wird gute Frucht tragen. Das Schicksal hat der sozialdemokratischen Fraktion den Vortritt gegeben, aus ihren Reihen ist das erste Mitglied des deutschen Reichstags für das Vaterland gefallen. Der Name Frank wird in den politischen Kämpfen, die die Hallen des Reichstags dereinst wieder erfüllen werden, einen besondern Klang haben. Ehre diesem Namen!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · DER KRIEG, AMERIKA UND ENGLAND

NICHT nur für einen immerhin möglichen länger dauernden Seekrieg sondern auch für die Strömungen und den Druck der internationalen öffentlichen Meinung, für etwaige spätere Vermittlungsversuche wird den Vereinigten Staaten von Amerika eine ganz hervorragende Rolle in dem begonnenen vielverschlungenen Kräftepiel zufallen, das selbstverständlich, wirtschaftlich wie politisch, durchaus nicht auf den Kreis der unmittelbar kampfbeteiligten Staaten und Völker beschränkt bleiben kann. Ein neutrales Gemeinwesen ist, in seiner Wirtschaft und seinem Handel, im Hinblick auf seine ganze politische Rangstellung unter den Völkern, noch lange kein uninteressierter Staat. Und je nachdem es seine Interessen auffaßt und zur Geltung bringt, wird es, ohne selber zu den Mitteln kriegerischer Betätigung greifen zu brauchen, seinen Einfluß auf die letzten Ergebnisse der bewaffneten Auseinandersetzungen ausüben können.

Als vor 100 und mehr Jahren England in immer neuen zähen Anläufen und mit stetig wiederholten tiefen Griffen in seine schier unergründliche Subsidientasche die wechselnden Bündnisse und Koalitionskriege gegen das vornapoléonische und napoléonische Frankreich, seinen damals gefährlichsten

Nebenbuhler in den kolonialen Erdstrichen und auf den Weltmeeren, anzettelte und skrupellos bis zur Ausschaltung jedes See- und Völkerrechts, bis zu den letzten Folgerungen des freien Seeraubs vorwärtstriebe, da erwiesen sich die jungen, eben zur Unabhängigkeit herangewachsenen amerikanischen Freistaaten als die wertvollste Stütze des internationalen Handels, soweit dieser unter der einschnürenden englischen Kaperei und Blockade, Matrosenpressung und Schiffsdurchsuchung, unter der lähmenden Willkür der britischen Kreuzer und Prisengerichte noch seine Glieder zu rühren vermochte. Was einst monopolisierter oder doch bevorrechteter Verkehr zwischen den beiden rivalisierenden Weltmächten und ihren neuweltlichen Kolonien gewesen war, und was nun unter französischer und selbst unter britischer Flagge jederzeit von feindlicher Vernichtung und Wegnahme bedroht schien, flüchtete unter die Deckung der Unionsflagge. Selbst an den nordafrikanischen Gestaden und im mittelländischen Meer, in der Südsee, in den japanisch-chinesischen Gewässern, an den Küsten Siams, Persiens und Maskats war die jugendkräftige amerikanische Handelsflotte zu Anfang des 19. Jahrhunderts keine unbeträchtliche und unbekannte Macht. Sie konnte, wenn es sein mußte, überall in erster Linie die Lücken füllen helfen, die durch die Kriege Englands und Frankreichs entstanden. Vor allem von West- und selbst von Ostindien aus, gleichviel ob französisch, englisch, spanisch oder holländisch, übernahm man die kolonialen Erzeugnisse und führte sie entweder direkt nach Europa über oder zunächst nach den eigenen amerikanischen Häfen, zum Zweck späterer Wiederausfuhr, und dann nach der streitdurchtobten alten Welt. Schon 1793 übertraf die Tonnage im Besitz der Vereinigten Staaten die jedes andern Landes, mit Ausnahme Großbritannien. Soweit sie dem Außenhandel diente, wuchs sie zwischen 1789 und 1805 von 123 893 auf 749 341 Tons, also auf mehr als das Sechsfache. Als 1802 der Friede von Amiens vorübergehend der Schifffahrt Frankreichs, Hollands und anderer Länder von neuem Bewegungsfreiheit verschaffte, erfuhr die amerikanische Handelsvermittlung zwar zeitweilig einen Rückschlag, jedoch nur, um mit den abermals ausbrechenden europäischen Wirren zu um so höherem Aufschwung zu gelangen. Zur bloßen Transportübernahme trat zugleich eine lebhaftere Steigerung der Eigenausfuhr. Die kriegführenden Parteien selber entwickelten eine starke Nachfrage nach amerikanischen Landwirtschaftserzeugnissen. Die Preise von Weizen, Mais und Fleisch ließen für die überseeischen Produzenten und Händler nichts zu wünschen übrig; nach beiden Seiten lockten kaum jemals höhere Gewinne. Dem Schiffsbau, der damals noch eines der blühendsten Gewerbe des holzreichen Landes bildete, fiel sein reichlich gemessener Anteil an der allgemeinen Prosperität zu; zwischen 1798 und 1812 wurden mehr als 200 000 Tons eigener Herstellung an das Ausland verkauft. H. C. Adams dürfte recht haben, wenn er das Wachstum der amerikanischen Schifffahrt von 1789 bis 1807 als in der Handelsgeschichte »beispiellos« dastehend bezeichnet.



AMIT wuchs aber auch der Gegensatz und die Auflehnung gegen die englische despotische Willkürherrschaft über alle Welthandelsstraßen und Welthandelsteilnehmer. Schon 1807, nach dem unten erwähnten Chesapeakefall, war die Stimmung in Amerika so erhitzt, daß vielerseits die sofortige Kriegserklärung verlangt wurde, obwohl man sich der ungenügenden Vorbereitungen recht wohl bewußt war;

die alte Zuneigung für den einstigen französischen Mitkämpfer in dem Unabhängigkeitskrieg gegen England schien alle Dämme der Vorsicht überfluten zu wollen. Diese Erregung wiederholte sich noch mehrfach, bis 1812 der offene Krieg wirklich ausbrach, der erst Ende 1814 durch den Genfer Frieden seinen Abschluß fand.

Das Matrosenpressen (impressment of seamen), das wir heute allerdings völkerrechtlich überwunden haben, war bereits in den ersten neunziger Jahren seitens Englands in vollem Schwung. Britische Flottenoffiziere beanspruchten einfach das, für Amerika in erster Linie demütigende und unerträgliche Recht: fremde Schiffe auf offener See, in britischen und selbst in neutralen, nichtheimatlichen Häfen anzuhalten, deren Besatzung rücksichtslos daraufhin durchzumustern, ob sich darunter vielleicht britische Untertanen oder Deserteure entdecken ließen, und die etwa Verdächtigen alsdann, häufig ohne jeden wirklichen Beweis und ganz nach dem einseitigen Ermessen der Untersuchungsführer, in Ketten nach den britischen Kriegsfahrzeugen wegzuschleppen. Schon 1792 wandte sich Jefferson, als Staatssekretär, gegen diese empörende Anmaßung; sei die Flagge des Schiffs unantastbar, so schütze sie auch die Besatzung vor feindlichem Zugriff. Jay, in seinen Londoner Unterhandlungen von 1794, erstrebte gleichfalls die Abschaffung des Übels. Jedesmal vergebens. Selbst die vollzogene Naturalisation vormals britischer Untertanen blieb bei den Schiffsdurchsuchungen geflissentlich unbeachtet; die hastige und unregelmäßige Abwicklung des ganzen Verfahrens schloß keineswegs aus, daß sogar eingeborene Amerikaner, darunter zuweilen Mitkämpfer der Befreiungsrevolution der siebziger Jahre, zwangsweise fortgeführt und dem englischen Flottendienst unterworfen wurden. Im Kongreß stellte man 1806 fest, daß damals 2500 bis zu 3000 amerikanische Bürger solchen beschämenden Zwangsdienst in der britischen Flotte leisten mußten. Als während der napoleonischen Kriege der Bedarf an Matrosen am höchsten gestiegen war, lagen selbst vor New York britische Kriegsfahrzeuge ständig auf der Lauer, um amerikanische Handelsschiffe nach Überschreitung der völkerrechtlich geschützten Küstenzone sofort anzuhalten und nach dem Ursprung ihrer Besatzung durchzumustern. Diese hochmütigen Herausforderungen erreichten 1807 ihren Gipfel in dem Angriff auf die amerikanische Kriegsfregatte Chesapeake. Als diese die virginische Bucht Hampton Roads zu Übungszwecken verließ, wurde sie von dem überlegenen britischen Kriegsschiff Leopard gestellt und zur Herausgabe von 3 angeblichen Deserteuren aufgefordert, deren Auslieferung bei dem vorherigen Schriftenwechsel mit den amerikanischen Behörden abgelehnt worden war, weil es sich, nach amerikanischer Auffassung, um Bürger der Vereinigten Staaten selber handele und außerdem ein entsprechender Auslieferungsvertrag und eine Auslieferungspflicht nicht bestehe. Die Fregattenführung hielt sich gleichfalls an den frühern Entscheid. Ohne jede Weiterung ging darauf der Leopard zur Beschießung über, mit der Wirkung, daß die Chesapeake binnen weniger Minuten vollkommen hilflos auf den Wellen trieb und die Durchmusterung der Besatzung und die Wegnahme der 3 verdächtigen Amerikaner sowie eines britischen Untertanen über sich ergehen lassen mußte. Die Sieger überließen sie alsdann ihrem Schicksal; sie konnte mit Mühe und Not den Hafen zurückgewinnen. Unter dem ausbrechenden Sturm der Entrüstung gab die englische Regierung zwar für

diesen Einzelfall nach, aber die Bemühungen die Rechtsgrundlage selber zu ändern scheiterten nach wie vor. Erst lange nach dem Abschluß der Kriege gegen Frankreich verzichtete der »Despot des Weltmeers« (um mit Marx-Engels zu reden) auf das angemäße, und mit der Zeit innerlich entwertete Recht, das ihm beliebige, ununterbrochene Einmischungen in die neutrale Seefahrt ermöglicht hatte.

Die verschiedenen Blockaden, die weite Ausdehnung des Begriffs Kontrebande, vor allem auf die Lebensmittel, die ewigen Durchsuchungen, Belästigungen und Eingriffe trafen gleichfalls weitaus am härtesten die Vereinigten Staaten, weil gerade sie immer ausschließlicher den übriggebliebenen neutralen Handel verkörperten. Sie fühlten am nachdrücklichsten, was später Heffter in die Worte zusammenfaßte: »Es gibt im Feld des Völkerrechts keine traurigere Gestalt als die eines Neutralen den größten Seemächten gegenüber.« Die Washingtoner Diplomatie erschöpfte sich jahrelang in vergeblichen Protesten und Reformanregungen, wie sich ja auch später noch die internationalen Bestrebungen für ein freieres moderneres Seerecht wesentlich um die, noch lange Zeit so außerordentlich seetüchtigen und aktiv seehandelsbeteiligten Vereinigten Staaten als ihrem Mittelpunkt sammelten. Als England dem unbequemen Neutralen zuletzt gar noch die Indianer im Westen auf den Hals hetzte und sie aus den kanadischen Regierungslagern militärisch ausrüsten half, da mußte schließlich selbst der friedliebende, versöhnliche Madison am 1. Juni 1812 in einer Botschaft den Kongreß vor die Frage stellen, »ob die Vereinigten Staaten sich weiter passiv verhalten sollen gegenüber diesen fortschreitenden Übergriffen und diesem anschwellenden Unrecht, oder ob sie, zur Verteidigung ihrer nationalen Rechte Gewalt gegen Gewalt stellend, eine gute Sache der Hand des allmächtigen Schicksallenkers anvertrauen sollen«. Der Krieg zeigte dann vollends die ungezügelte Skrupellosigkeit des verwöhnten englischen Machtbewußtseins. Führte er doch sogar zur brutalen Einäscherung der Bundeshauptstadt Washington »Die Schande ist um so tiefer, weil die Brandsetzung unter der Leitung und in Gegenwart der Oberbefehlshaber geschah, und weil bei dem größern Teil der Gebäude die Zerstörung gar nicht auf militärische Erwägungen zurückgeführt werden konnte. Der Brand und die Zerstörung umschlossen das unvollendete Kapitol und die Kongreßbibliothek, den Regierungssitz, das Schatzamt und andere Abteilungsgebäude mit ihren wertvollen Archiven, Druckereien und viele Privatwohnungen. Man erzählt, daß Frau Madison, die Gattin des Präsidenten, die Urschrift der Unabhängigkeitserklärung fortrug und rettete. Heute verteidigt niemand diesen vandalischen Schritt. Selbst damals gab es Londoner Blätter, die ihn verurteilten.« Könnten wir es«, äußerte ein Londoner Staatsmann, »so würden wir den Schleier der Vergessenheit über unser Vorgehen in Washington ausbreiten. Die Kosaken schonten Paris, wir aber ließen die Hauptstadt Amerikas nicht unverschont.«¹⁾



WIE wird sich heute die Lage für die Vereinigten Staaten gestalten? Wird ihre Zuneigung, durch die überlegene englische Meinungsmache augenblicklich künstlich belebt, sich dauernd ausschließlich oder doch ganz überwiegend der neuen britisch-europäischen (und nunmehr sogar britisch-ostasiatischen) Koalition zuwenden? Ist der alte Gegensatz zwischen der neutralen Macht und

¹⁾ Siehe Foster A Century of American Diplomacy (Boston 1901), pag. 243. Kennzeichnend ist, wie Foster dennoch in seinem Schlußurteil über den damaligen Zeitabschnitt (pag. 249) Frankreich und England einfach gegenüberstellt als: Absolutismus und Militärtyrannie gegen liberale Prinzipien und freie Verfassung. Die unten wiedergegebenen Äußerungen des Outlook über Deutschland und seine Gegner sind ähnlich gerichtet, aber unter den heutigen Voraussetzungen noch viel unbegründeter und einseitiger.

dem nach wie vor rücksichtslos seekriegführenden Inselreich bis auf den letzten glimmenden Funken erloschen, seitdem einerseits ein paar Fortschritte des Völkerrechts die schlimmsten Auswüchse des Seekriegs beschnitten haben, während andererseits Amerika, durch die koloniale Erschließung eines ganzen Erdteils Jahrzehnte hindurch mit allen seinen Kräften in Anspruch genommen, die transozeanische Schifffahrt mehr und mehr anderen Völkern überlassen hat? Kann der verdeckte Gegensatz nicht von neuem erwachen und aufflammen, wenn die Vereinigten Staaten abermals, wie vor einem Jahrhundert, in die wirtschaftliche Bresche springen, die heute vor allem aus der vorläufigen Ausschaltung der deutschen Handelsflotte sich herausgebildet hat? Weist das, seit beinahe einem Menschenalter immer wieder hervorbrechende Streben nach einer leistungsfähigen amerikanischen Seehandelsflotte nicht unwiderstehlich darauf hin die jetzt gegebene seltene Gelegenheit entschlossen auszunutzen? Treffen hier nicht leichterklärliche Wünsche Deutschlands, der deutschen Reederei, mit den amerikanischen Hoffnungen und Interessen zusammen?

Zur Erläuterung dieser Fragen und Gedankengänge sei heute an die programmatischen Kundgebungen einer der angesehensten amerikanischen Zeitschriften, des Outlook, angeknüpft. Der Outlook stand bekanntlich bisher ganz unmittelbar unter Rooseveltschem Einfluß; er ist auch gegenwärtig, nach dem Ausscheiden Roosevelts aus der redaktionellen Leitung, das Blatt der progressiven Partei und ihres Führers geblieben.

Bis zu einem gewissen Grad muß es daher zunächst befremden, daß das Urteil über die tieferen Ursachen des Krieges, über die mit einander ringenden großen weltgeschichtlichen bewußten Strebeziele und mehr unbewußten Unterströmungen so parteiisch ausgefallen ist, parteiisch zugunsten Englands und seiner Verbündeten. Roosevelt hat einen Teil seiner geistigen Werdejahre in Deutschland verlebt und häufig die internationale Bedeutung des deutschen Kultureinschlags und der deutschen Höherentwicklung in warmen Worten anerkannt. Die Zeitschrift selber hat, mit Schwankungen im einzelnen, die deutsche Politik meist unbefangen zu würdigen gesucht; in der richtigen Wertung der Gesamtpersönlichkeit und der modernen Seiten des deutschen Kaisers überragte sie fast alle namhafteren englisch-amerikanischen Blätter. Zurzeit ist diese bessere Einsicht wie hinweggewischt. Nicht nur, daß Deutschland als der planmäßig angreifende Teil bezeichnet wird. Selbst der Balkankonflikt, also der Versuch der Zurückdrängung des russischen Übergewichts und der russischen, für Österreichs Fortbestand lebensgefährlichen russischen Zettlungen, erscheint unbegreiflicherweise als reichsdeutsch-österreichischer Feldzug gegen die »demokratische Bewegung unter der Führung Frankreichs und Englands«. Der innerste Kern des ganzen ungeheuren Völkerkampfs sei: Absolutismus, obwohl intelligenter, fähiger und hochorganisierter Absolutismus, gegen die Demokratie, die sich zwar im Aufstreben befinde, aber leider weniger gut organisiert dastehe. Der Hauptartikel des Outlook trägt sogar die Überschrift Der Krieg gegen die Volksrechte (The war against the popular rights), ohne sich aber, wie man vermuten könnte, irgendwie auf die Bundesgenossen des Zarismus zu beziehen. Mit dem Sieg der einen Seite, das heißt in diesem Fall Österreich-Ungarns, breche für die Balkanstaaten jede Möglichkeit der Unabhän-

gigkeit nach außen und der freiheitlichen Innenentwicklung zusammen; auf dem Sieg der andern Seite (also Rußlands!) ruhe die Hoffnung auf einen freien Balkanbund. Selbst die deutschen Arbeiter werden in dem schriftstellerischen Beitrag eines französisch-amerikanischen sozialpolitischen Mitarbeiters (André Tridon) als wenig zuverlässig geschildert: sie verfügten zwar über die stärkste Organisation der Welt, aber sie schleppten das Bleigewicht ihres rein bürokratischen Ausbaus mit sich herum und seien »unglaublich konservativ« (»extremely conservative«). Anzuerkennen ist jedoch, daß daneben ein bekannter, besonders in der Friedensbewegung hervortretender Deutscher, Dr. Ernst Richard, in einer längern Zuschrift zu Wort kommt, die den deutschen Standpunkt würdig und geschickt vertritt: »Die Deutschen wurden das Gefühl nicht mehr los, daß die anderen Staaten, besonders ihre Nachbarn, alles in ihrer Macht Stehende aufboten, um sie in der friedlichen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kräfte und ihrer Einrichtungen zu hemmen. Besonders erbitternd schien der deutschen Empfindung die Wahrnehmung, daß die französische Republik, die sich jederzeit ihres fortschrittlichen und demokratischen Charakters zu rühmen suchte, aus unwiderstehlichem Revanchebedürfnis sich mit Rußland, dem Bollwerk des Absolutismus und der Reaktion, dem Repräsentanten einer halbbarbarischen Kultur, immer enger verbrüdete. Dies hielt und dies hält man in Deutschland für einen Verrat an der europäischen [western] Bildung und Kultur. . . Daraus erklärt sich vollends die zunehmende Erbitterung, die man in Deutschland fühlte, als England, bloß aus Furcht seine Handelsgewinne mit Deutschland teilen zu müssen, England, dieser nächste Blutsverwandte, sich ohne Wanken auf die Seite dieser Feinde schlug. Man sagte sich in Deutschland einfach: Wie tief muß der Neid und Haß gegen uns sein, wenn sie zu so unnatürlichen Bündnissen mit den Gegnern der eigenen Volksideale führen. So ergab sich eine grimmige Entschlossenheit sich auf das Letzte und Schlimmste vorzubereiten.«

Politisch am beachtenswerten ist indessen ein anderer redaktioneller Artikel über die »Pflichten der Vereinigten Staaten«, vielleicht nicht ohne Fühlungnahme mit Roosevelt selber geschrieben, der zur Zeit des Blatterscheinens an Ort und Stelle in New York weilte und in eine Rede ein paar ähnliche Hinweise einflocht.

Daß seine Befürchtungen wegen der Behandlung von Amerikanern in Deutschland vollkommen hinfällig sind, wird der Verfasser unterdes zweifelsfrei erfahren haben. Er glaubt nämlich, wohl infolge der lange dauernden Unterbrechung jedes regelmäßigen Personenverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen, an die Absicht Deutschlands allen Fremden das Verlassen des Landes zu verwehren, weil alsdann militärpflichtige Reichsangehörige oder Spione allzuleicht über die Grenze entwischen könnten. Man werde es begreifen, wenn Deutschland wirklich Verdächtige zurückhalte, aber es sei »unvernünftig alle Amerikanerinnen nicht von Berlin fortzulassen, weil irgendeine unbekannte Frau an den Grenzen sich der Spionage verdächtig gemacht habe«. Die verlangten Schritte des Washingtoner Staatsdepartements und der Regierung im allgemeinen waren demnach, wie der Verfasser jetzt nach besserer Unterrichtung selber zugestehen wird, von vornherein hinfällig.

Weiter wird betont: Wenn Amerika als neutrale Macht allen Pflichten der Neutralität streng folgen werde, so müsse es ebenso streng über die Erfüllung aller Rechte der Neutralität wachen. Durchaus zutreffend. Aber kommt hier Deutschland für etwaige peinliche Maßnahmen und für die zurückzuweisenden Übergriffe ernstlich in Betracht? Steht hier das viel größere Fragezeichen nicht in erster Linie hinter England? Hören wir zu:

»Wir müssen mit Geduld Unbequemlichkeiten ertragen, die nicht die Folge von Rechtswidrigkeiten sind. So mögen die atlantischen Kabel unterbrochen werden; und die rasche Verbindung mit Europa mag aufhören. Unsere Schiffe mögen auf hoher See angehalten und auf Kriegskontrebande durchsucht werden. Unsern Handel mag man von blockierten Häfen absperren. . . Alles das steht in Einklang mit dem, was man bitter die Gesetze des Krieges nennt, und es ist in Geduld zu überstehen. Aber was unseren Rechten widerspricht, braucht man nicht in Geduld zu tragen. . . Neutrale haben unzweifelhafte Rechte: das Recht auf ungestörte Beförderung ihrer Postsachen, der Briefe, nicht der Pakete; auf die ungestörte Reise ihrer friedlichen Staatsangehörigen, sei es über die hohe See oder durch neutrale Länder; auf freien Zugang zu jedem, nicht tatsächlich blockierten Hafen: papierene Blockaden gelten nicht. Um diese und ähnliche Rechte zu wahren, sollte unsere Flotte für jede Eventualität bereit stehen. . . Ihr Platz ist jetzt nicht im Golf von Mexiko. Wir schenken deshalb auch dem eben umlaufenden Gerücht keinen Glauben, daß der Präsident zögere sie nordwärts zu bringen, weil dies als unfreundlicher Akt aufgefaßt werden könne. Unfreundlich gegen wen? Selbst die Sendung nach europäischen Gewässern ließe sich nicht zu einer unfreundlichen Handlung stempeln. Ihr Platz ist da, wo sie notwendig gebraucht wird.«

Das alles hat, wie man sieht, mit einer *deutschen Gefahr* wenig oder gar nichts zu schaffen. Gegen Deutschland könnte sich höchstens der eine Hinweis richten: daß die Vereinigten Staaten eine Übertragung des Kampfes auf amerikanischen Boden oder in amerikanische Gewässer nicht dulden würden. Die Union habe ein Recht und unter Umständen die Pflicht die Beschießung von Häfen und die Landung von Truppen innerhalb der westlichen Halbkugel zu verwehren. Eine Erörterung hierüber scheint augenblicklich gegenstandslos. Nur vermißt man an dieser Stelle die ergänzende Betrachtung: wie sich die Vereinigten Staaten umgekehrt zur Übertragung amerikanischer, nämlich kanadischer Streitkräfte nach dem europäischen Kriegsschauplatz verhalten sollten. Spricht man, im Sinn Monroes, von einem Neutralitätsrecht für den ganzen amerikanischen »Erdeil«, so gehört die ergänzende Pflicht untrennbar dazu.

Die letzte und nicht unwichtigste Darlegung des Outlookartikels gilt den amerikanischen Handelsschiffahrtsplänen, die, soweit man den dürftigen Kabelnachrichten vertrauen darf, rasch praktisch-politische Gestalt annehmen scheinen. Auch hier steht diesen Plänen vorerst England, nicht Deutschland, im Weg; augenblicklich und während der Kriegszeit fallen sogar die deutschen Interessen mit den amerikanischen wesentlich zusammen: »Wir sind durch unsern Außenhandel von anderen Völkern durchaus abhängig. Serbien, Österreich, Deutschland und vielleicht Rußland erstreben teilweise neue Zugänge zum Weltmeer. Wir können ungehindert die Meere beschreiten, aber es fehlen uns die Schiffe zur Ausführung. Die Lähmung des Handels durch den europäischen Krieg sollte uns jedoch lehren uns selber kommerziell unabhängig zu machen. Der Weg dazu ist einfach. Wir sollten es den Amerikanern erlauben Schiffe im offenen Markt anzukaufen. . . Der Kongreß sollte rasch und einstimmig ein Gesetz durchbringen, wonach der amerikanische Flaggenschutz auch auf im Ausland gebaute, von Amerikanern angekaufte, eigentümlich besessene und verwendete Schiffe auszudehnen sei. . . Wenn man das überhaupt will, warum nicht sofort?«

So kehren manche wirtschaftlichen und politischen Konstellationen und Möglichkeiten wie in den Tagen Napoléons, des großen Englandhassers, wieder. Das erstaunlich rasche Aufblühen der neutralen amerikanischen Handelsvermittlung setzte damals freilich eine vieljährige Kriegszeit voraus, wie sie heute, wenigstens soweit es die Landkriege betrifft, schon durch die ungeheuren Massenaufgebote der Gegenwart ganz ausgeschlossen ist. Doch

viele Tatsachen arbeiten auch heute zugunsten der Vereinigten Staaten. Und über alle diese Entwicklungswege legen sich, wie vor 100 Jahren, als Hindernis vor allem starke englische Interessen, Interessen sowohl der Kriegsführung wie der bloßen Handelsbetätigung. Will die amerikanische Union wieder die Vorkämpferin der unabhängigen neutralen Schifffahrt sein, die deutschen Glückwünsche werden sie dabei überall begleiten. Konflikte wird sie nur mit dem alten Bollwerk der Völkerrechtslosigkeit und der Alleinherrschaft auf den Meeren zu befürchten haben. Vor dem deutschen Absolutismus brauchen sich hier, auf den Meeren, im internationalen Wirtschaftsleben und Handel, die Vereinigten Staaten wahrlich nicht zu bekreuzigen. Aber den Liberalismus der englischen Politik könnten sie hier, wie vor einem Jahrhundert, recht leicht von einer sehr despotischen, gleichheits- und freiheitsfeindlichen Seite kennen lernen. Wer lebt, wird sehen.

JULIUS KALISKI · DER KRIEG UND DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT



BER die Kräfte der deutschen Volkswirtschaft ging im Ausland seit Jahren eine falsche Rechnung um, die zu berichtigen in Friedenszeiten nicht gelang. Unerschütterlich glaubte man in Paris und London an eine gefährliche Unsolidität unseres Wirtschaftslebens, die in dem Augenblick politischer Erschütterungen und wirtschaftlicher Stockung zu einem Zusammenbruch führen mußte. Das stürmische Tempo der Industrialisierung Deutschlands war in der Vorstellung des Auslands untrennbar mit einer Erschöpfung des deutschen Kapitalmarkts verbunden, und dadurch entstand die Auffassung einer Abhängigkeit von ausländischen Geldern, auf die zu verzichten nicht gewagt werden dürfe. War die Bedeutung der Guthaben des Auslands für Deutschland schon in früheren Jahren meist zu hoch veranschlagt worden, so trat im weiteren Verlauf darin noch ein Umschwung zugunsten Deutschlands ein, denn der Umfang der Auslandsgelder schrumpfte mehr und mehr zusammen; bei der Deckung der enormen Geldansprüche der privaten Unternehmungen und der öffentlichen Verwaltungen spielte insbesondere französisches Kapital, das früher in der Hauptsache in Frage kam, keine entscheidende Rolle. Verstärkt wurde der Kapitalbedarf noch beträchtlich durch die öfter unangebrachte Beteiligung an der Übernahme ausländischer Anleihen, doch die Kapitalansammlung im Inland vermochte ihn in einem Maß zu befriedigen, der von deutschen Wirtschaftskreisen selbst vielfach unterschätzt worden ist. Den schweren Belastungsproben, denen die deutsche Volkswirtschaft in neuerer Zeit wiederholt ausgesetzt war, widerstand sie so vortrefflich, daß dem nicht völlig voreingenommenen Beobachter die kerngesunde Verfassung unserer Wirtschaft nicht verborgen bleiben konnte. Während der Marokkokrise im Jahr 1905 begann die französische Finanz mit den von ihr erhofften Rückwirkungen einer Zurückziehung ihrer Gelder aus Deutschland zu operieren, als sich damals eine verhältnismäßig scharfe Geldteuerung in Deutschland herauszubilden begann. Prompt stellte sich in der französischen und teilweise auch in der englischen Presse die gleiche Kalkulation wieder ein, als im Jahr 1911 die Marokkofrage sich von neuem zuspitzte. Rückblickend

läßt sich feststellen, daß die Marokkokrise von 1905 volkswirtschaftlich nicht ungünstig gewirkt hat; sie zügelte die in einer Zeit der Hochkonjunktur so unvermeidliche Überspekulation und nahm dem dann folgenden Konjunkturrückschlag einen erheblichen Teil der Schärfe. Ähnlich waren die wirtschaftlichen Folgen der politischen Situation von 1911; durch eine frühzeitige Dämmung des Konjunkturaufstiegs verlor die Krise, die später ausbrach, ihren stürmischen Charakter.

So widerspruchsvoll es im ersten Augenblick klingt, daß politische Vorgänge, die das Wirtschaftsleben arg beunruhigt hatten, am Ende die Volkswirtschaft doch auch wohlätig beeinflussen: eine eingehendere Betrachtung bestätigt diese Darstellung. Für die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wurde nun von ganz besonderer Bedeutung der Umstand, daß der Ausbruch des Krieges in eine Zeit der Wirtschaftskrise fiel. Das war volkswirtschaftlich äußerst günstig; die Folgen der Unterbindung der gesamten Wirtschaft wären ungemein schwerer gewesen, wenn der Krieg in einem Stadium der Hochkonjunktur begonnen hätte. Es bedarf nur des Hinweises auf den Stand der Großbanken, die infolge der allgemeinen Krise schon seit geraumer Zeit wirtschaftlich abgerüstet hatten und deshalb finanziell gut gerüstet waren, bei einem Wirtschaftsaufstieg nach ihrer bisherigen Gepflogenheit aber nur über ein sehr bescheidenes Maß finanzieller Bewegungsfreiheit verfügt hätten. Erst vor wenigen Wochen hatte der Reichsbankpräsident von den Banken nachdrücklich verlangt 10 % ihrer Depositen- und ihrer sonstigen fremden Gelder in bar und in Reichsbankgiroguthaben zu halten, um über den Umfang flüssiger Mittel zu verfügen, der in Berücksichtigung der Bedeutung der Großbanken als Sammelbecken der baren Bestände aller Wirtschaftskreise zu fordern ist. Bevor der Anfang zur Durchführung dieser Maßnahme gemacht werden konnte, kam der Krieg. Aber die Tendenz, die jene Forderung charakterisiert, ist von der Reichsbank schon vorher systematisch und mit großer Energie, oft unter Widerspruch der Großbanken, in einer Reihe von Reformen betätigt worden. Die Goldbestände der Reichsbank erfuhren eine Verstärkung, die noch vor wenigen Jahren in Deutschland für unmöglich gehalten worden wäre. Die Barmittel, über die sie bei Kriegsausbruch verfügte, betragen etwa 2¼ Milliarden Mark, sie konnte bei der Berechtigung den 3fachen Betrag der Deckung an Noten in Umlauf zu bringen mehr als 6½ Milliarden Mark an Noten ausgeben, während damals noch nicht 1900 Millionen Mark an Noten umliefen. Glänzend hat sich die Organisation der Reichsbank in dem Kriegssturm bewährt; ebenso zielsicher und ruhig waren die Operationen, die seither zum Schutz des Goldbestands, zur Befriedigung der mächtig anschwellenden Kreditansprüche und sonst zur Stützung von Industrie, Landwirtschaft und Handel unter Führung der Reichsbank getroffen worden sind. Unwillkürlich drängt sich ein Vergleich der Haltung der Reichsbank mit der Politik der Bank von England auf, jenes Instituts, das seit langen Zeiten als Mittelpunkt internationalen Verkehrs mit einem Nimbus umgeben war, der durch die jüngsten Ereignisse zerrissen und wohl kaum noch zu reparieren ist. Der Zinsfuß der Bank von England wurde am 30. Juli von 3 auf 4 % erhöht; am 31. Juli erfolgte die Steigerung auf 8 % und am darauf folgenden Tag auf 10 %, während der deutsche Zinssatz zuerst von 4 auf 5 % und unter dem Einfluß der Sprünge der Bank von England auf 6 % heraufgesetzt wurde. Welchen Motiven die unge-

heuerliche Diskontpolitik Englands entsprungen sein mag: sie war der unleugbare Beweis krankhafter Erregung, einer Kopflosigkeit, die nicht auf Vertrauen zu der innern Stärke schließen läßt. Zu diesem Bild paßt der Erlaß eines allgemeinen Moratoriums in Großbritannien, das ursprünglich bis zum 4. September Geltung haben sollte, inzwischen aber bis zum 4. Oktober verlängert worden ist. Von der Bank von Frankreich wurde seit dem Krieg die Veröffentlichung ihrer Ausweise eingestellt, eine Praxis, die nur Furcht vor der Offenbarung schwerer Erschütterungen verständlich machte. Die französische Finanz, die ihre Rolle als Weltbankier schon seit Jahren nicht zugunsten ihres Heimatlands spielte, befand sich schon Monate vor dem Beginn des Krieges in bösen Nöten. Das Verhältnis der Finanzhörigkeit Frankreichs zu Rußland hat die Kraft der französischen Finanz entwurzelt; die Aufnahmefähigkeit des Pariser Marktes war erschöpft, als nach den Geschehnissen von Sarajewo die Panik der europäischen Börsen den besonders scharfen Entwertungsprozeß für russische Werte brachte. Dazu kamen ungeheure Verluste der französischen Finanz in südamerikanischen Staaten bei neuen Ansprüchen Rußlands und den großen Anleiheforderungen des eigenen Staates.

Für Deutschland schien die Unterbindung des Weltverkehrs anfangs vollständig zu sein. Unter dem Einfluß dieser Anschauung standen denn auch in den ersten Kriegstagen ziemlich weite Kreise des Unternehmertums. zweifellos sind deshalb manche Betriebseinschränkungen und Stilllegungen übereilt vorgenommen worden. Nach den ersten Siegen der deutschen Truppen und mit der Erkenntnis, daß der deutschen Industrie und dem deutschen Handel noch mancherlei Exportwege offenstehen, wuchs denn auch die Besonnenheit und die Tatkraft. Überall hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Betriebe nach Kräften aufrechterhalten und neue produktive Arbeiten unter allen Umständen erschlossen, die Schrecken der massenhaften Arbeitslosigkeit bekämpft werden müssen. Das Ziel der Produktionsregelung nach den Bedürfnissen der Gesellschaft wird von allen Seiten angestrebt. Wo privatkapitalistische Interessen diesen Aufgaben allzu störend in den Weg treten, entschloß sich die Staatsgewalt mit sonst ungewohnter Schnelligkeit zu Zwangsmaßnahmen, deren Zweckmäßigkeit sich bewähren dürfte. Natürlich sind die Großbetriebe am leichtesten in der Lage den durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten zu widerstehen, weil für ihre Kreditbedürfnisse am besten gesorgt ist. Mehr und mehr haben sich die Beziehungen zwischen den Industrieunternehmungen und den Banken verändert. Während früher in Krisenzeiten die Banken auch den Großbetrieben weitere Kredite versagten und alte Kredite stark zurückzogen, ist es in neuerer Zeit zur Regel geworden, daß auch in Perioden wirtschaftlicher Depression die Großindustrie ihre Kapitalansprüche nicht herabmindert sondern oft genug noch erhöht, um die Ruhe des Marktes zur Ausdehnung der Betriebe und zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit zu benutzen. Abgesehen davon, daß die innere Politik der meisten Großunternehmungen Deutschlands durchaus solide war, ihre Bilanzierung die Anlage großer Reserven vorsah, wird ihnen durch die enge Interessenverbindung mit den Großbanken in erster Reihe der Bankenkredit zur Verfügung stehen. Wesentlich schwieriger gestaltet sich die Lage der kleinen und mittleren Betriebe der Industrie und des Handels, wenn ihnen auch durch die Schaffung

neuer Kreditgelegenheiten und den Erlaß des partiellen Zahlungsaufschubs, die Verordnungen zur Konkursverhütung usw. manche Erleichterung zuteil wird. Bei dem Streben nach Ausdehnung haben diese Unternehmungen, die nicht auf den unbeschränkten Kapitalzufluß durch Bankenhilfe zu rechnen hatten, vielfach ihre Gewinne, soweit sie nicht zum Lebensunterhalt erforderlich waren, in das Geschäft hineingesteckt, ebenso häufig die Vermögen von Verwandten für ihre Betriebe nutzbar gemacht, so daß sie meist nicht über nennenswerte Reserven zu verfügen in der Lage sind. Hier machen sich als Nachteile Wirkungen der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands geltend, die wir in Friedenszeiten nur als Vorzüge kennen lernten und einschätzten. Kleinlich und töricht wäre es Vorwürfe daraus herzuleiten, daß Unternehmer sich in ihren Dispositionen nach Friedenszeiten von mehr als 40 Jahren nicht von der Möglichkeit eines Krieges leiten ließen. Täuschen nicht alle Anzeichen, so wird bei der guten Rüstung und den vielen Hilfsmitteln der Großindustrie gegenüber der ungünstigern Stellung der kleineren Betriebe durch den Krieg der Konzentrationsprozeß einen weitem Anstoß erhalten.

Schnell überwunden wurden in den meisten Reichsgebieten die Angstzustände auf den Lebensmittelmärkten mit ihren wilden, sachlich unbegründeten Preistreibereien. Konnte dem Preiswucher durch die Festsetzung von Höchstpreisen oft wirksam begegnet werden, so trug doch mit in erster Reihe zur Rückkehr der Beruhigung das langsam, aber sicher durchsickernde Bewußtsein bei, daß die Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes während des Krieges auch bei einem Ausbleiben weiterer Zufuhren vom Ausland als gesichert zu betrachten ist. Wie man die deutsche Wirtschaftspolitik immer beurteilen mag: ein Ergebnis dieser Politik ist jedenfalls auch der eben gekennzeichnete Stand der Lebensmittelversorgung. Selbst bei dem Fortfall einer Weizeneinfuhr (der indessen durchaus nicht eintreten muß, da, wie schon erwähnt, keineswegs alle Export- und daher auch Importmöglichkeiten verschlossen sind) wäre Deutschland in der Lage bei der durchgängig befriedigenden Ernte die etwa fehlenden ausländischen Weizenmengen durch deutschen Roggen zu ersetzen. Schon seit mehreren Jahren übersteigt die Roggenproduktion den inländischen Bedarf; nicht wie sonst wird jetzt durch Gewährung von Ausfuhrprämien in Gestalt von Einfuhrscheinen dieser Roggenüberschuß zu billigen Preisen nach dem Ausland verkauft sondern nach dem Erlaß des Ausfuhrverbots der Ernährung der heimischen Bevölkerung dienen. Bei Planmäßigkeit des Einkaufs und des Vertriebs der hauptsächlichsten Lebensmittel ist an einer ausreichenden Versorgung zu erträglichen Preisen nicht zu zweifeln, namentlich wenn auch noch die Gewißheit einer sorgfältigen Neubestellung der Felder gewährleistet wird. Gebietet das eigene Interesse den Landwirten die Arbeiten nicht ins Stocken geraten zu lassen, so sollte Vorsicht doch anraten staatliche Aufsicht auch hier nicht fehlen zu lassen, um rechtzeitig eingreifen zu können, wo private Initiative versagt. Ein gleiches Einschreiten der öffentlichen Verwaltung dürfte sich nicht weniger an verschiedenen Stellen der Industrie empfehlen, wo durch die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe sich mancher schlimme Notstand beseitigen ließe.

Über die künftige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unter der furchtbaren Last des Krieges ein Urteil zu fällen geht nicht an. Feststellen

läßt sich aber heute, daß bei all den ungeheuren Verlusten, die jeder europäische Krieg nach sich ziehen muß, Deutschland in der Widerstandskraft seiner Volkswirtschaft keinen Vergleich mit einem andern Land der Welt zu scheuen hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · DIE DEUTSCHEN GEMEINDEN WÄHREND DES KRIEGES

NACH deutschem Recht ist die Fürsorge für die Personen, die wirtschaftlich in Not gekommen sind, in erster Linie eine Aufgabe der Gemeinde, die Trägerin der Armenfürsorge und Wohlfahrtspflege ist. Es war daher selbstverständlich, daß jetzt in der Kriegszeit die Gemeinden vor allem und in vorderster Linie die reinen Fürsorgeaufgaben übernehmen mußten; von den Staaten hat man bisher fast nichts gehört. Die Fürsorge des Reiches ist in der Hauptsache auf die Familien der Kriegsteilnehmer beschränkt.

Was haben die Gemeinden bisher geleistet? Wir beginnen mit der Durchführung der rein unterstützenden Tätigkeit und unterscheiden, nach den beiden sich abgrenzenden Personenkreisen, Fürsorge für die Familien der Bürger, die ins Feld zogen, und Fürsorge für die übrigen durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Kriegs in Not geratenen Bevölkerungsteile. Bei der 1. Klasse können wir eine weitere Einteilung vornehmen. Ungezwungen können die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt für sich behandelt werden, da ihnen ja auch die Gemeindeverwaltungen eine besondere Fürsorge zuwenden.

Für die Gemeindebeamten sorgt das Reichsgesetz; sie erhalten ihre Gehälter fortgezahlt. Anders die Angestellten, die durch Privatdienstvertrag verpflichtet sind. Für sie ist die Fürsorge in den einzelnen Städten verschieden. Leipzig zum Beispiel gewährt den Verheirateten oder sonst für Angehörige Unterhaltungspflichtigen für die Monate August und September den alten Lohn, den übrigen einen Zuschuß zu der Reichsunterstützung bis zu 33 1/2 % des bisher bezogenen Lohns. Hamburg gab durch Gesetz den Angestellten wie den Arbeitern Anspruch auf Weitergewährung der bisherigen Vergütung, falls sie im eigenen Hausstand Familienangehörigen Wohnung und Unterhalt geben und im unmittelbaren Dienst des Staates mindestens 1 Jahr ununterbrochen beschäftigt gewesen sind. Nicht ganz so weit geht Charlottenburg, das verheirateten Privatdienstverpflichteten bei 10jähriger und längerer Dienstzeit nur 80 % des Diensteinkommens gewährt. Bei kürzerer Dienstzeit sinkt der Bezug bei Verheirateten auf 50 %, bei Unverheirateten auf 25 % herab. Außerdem wird für Kinder und Verwandte in aufsteigender Linie je 10 % Zuschuß, höchstens aber bis 80 %, gewährt. Die Reichshilfen werden angerechnet. In Breslau gilt die Voraussetzung einer 1jährigen Dienstzeit. Die Angestellten erhalten neben der Reichshilfe für die Ehefrau 20, für jedes Kind 10 Mark monatlich. Verwandte Haushaltsangehörige gelten den Kindern gleich. In allen diesen Bestimmungen wird der Familienbedarf in Verbindung mit dem Lohn- oder Gehaltsteil gesetzt, ein Grundsatz, der das ganze Unterstützungswesen beherrscht, aber sonst bei der Gehalts- und Lohnbemessung nur ausnahmsweise berücksichtigt wird.

Das gleiche gilt bei der Fürsorge für die Familien der städtischen Arbeiter. Hier sind die Unterschiede zwischen den Leistungen der einzelnen Städte noch größer. Neben Städten, die wie Altona, Chemnitz, Darmstadt, Berlin-Friedrichsfelde, Karlsruhe, Lauscha (Sachsen-Meiningen), Lübeck, Mannheim, Nürnberg usw. den Verheirateten den vollen Lohn teils ganz ohne Zeitgrenze teils für eine bestimmte längere Zeit gewähren, finden sich andere, die den vollen Lohn nur auf 14 Tage und dann die Hälfte bieten, wie Aachen, Köln, Frankfurt am Main, Mainz. In Bamberg beträgt die Zeit 1 Monat, in Essen, Düsseldorf, Leipzig 2 Monate. Daneben findet eine gleichfalls von Stadt zu Stadt verschiedene Differenzierung nach dem Familienstand und der Dauer der Dienstzeit statt. Nach Ablauf der bestimmten Zeit wird der Lohnbezug auf 75 %, die Hälfte oder weniger reduziert; manchmal werden dazu noch Zuschüsse für Kinder geschlagen. In einer andern Gruppe von Städten bildet die Reichshilfe den Ausgangspunkt; die Leistungen der Stadt erscheinen als Zuschüsse zu dieser. Im allgemeinen sind die Städte, über deren Leistungen die Presse unterrichtet hat, wohl bestrebt gewesen die Familien ihrer städtischen Arbeiter so zu stellen, daß sie normalerweise keine Not zu leiden brauchen. Freilich, wenn die Lebensmittel noch weiter im Preis anziehen, werden die städtischen Unterstützungen nicht ausreichen.

Neben die Fürsorge für die Familien der städtischen Angestellten und Arbeiter tritt die für die Familien der anderen Kriegsteilnehmer. Hier ist der Ausgangspunkt überall begreiflicherweise die Reichshilfe. Die Zuschüsse der Gemeinden sollen die Hilfen so weit ausgestalten, daß, abgesehen von der Mietszahlung, kleinere Familien sich mit ihr durchschlagen können. Daß wird aber kaum möglich sein. Eine Familie aus Frau und 3 Kindern bezieht 27 Mark Reichshilfe; selbst ein Zuschuß von 100 % würde den Betrag erst auf 54 Mark bringen. Überall sind daher Sammlungen veranstaltet worden, aus denen weitere Zuschüsse gewährt werden sollen. Gleichzeitig traten ergänzende Wohlfahrtsbestrebungen für die Kinder ein, wie Krippen, Kinderküchen usw., die der Familienmutter einen Teil der Last abnehmen. Die Unzulänglichkeit der Reichshilfe wird in der Begründung, die der Rat der Stadt Leipzig seinen Anträgen beigegeben hat, hervorgehoben. Die Sätze werden mit den Familienunterstützungen verglichen, die bei Friedensübungen gewährt werden. Sie betragen nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 für die Ehefrau 30 % und für jedes Kind und für jede weitere zu unterstützende Person 10 %, zusammen aber nicht mehr als 60 % des ortsüblichen Tagelohns. Der Rat schlug daher vor den Familien der Einberufenen diese erhöhten Sätze zu gewähren; die Stadtverordneten haben diesem Vorschlag ohne weiteres zugestimmt. Da der ortsübliche Tagelohn in Leipzig 3,80 Mark beträgt, erhält hier eine Frau mit 3 Kindern den Betrag von 102,60 Mark gegen 54 Mark bei 100 % Gemeindegzuschuß. Damit steht Leipzig an der Spitze der Gemeinden und sticht besonders vorteilhaft von solchen Gemeinden ab, die, wie München und Stuttgart, sich darauf beschränkt haben zu einer Unterstützungssammlung größere Beträge einzuschließen, die Zuschüsse aber dann ganz auf die Sammlungen verweisen. Ein solches Vorgehen heißt die Unterstützung der Kriegerfamilien, die als eine öffentliche Pflicht durch das Reichsgesetz anerkannt ist, nur so weit anerkennen, als sie in den Grenzen der Reichsunterstützung liegt, im übrigen aber als eine Aufgabe privater Wohltätigkeit proklamieren. Bei den großen Mitteln, die

die Unterstützung erfordert, wird diese recht bald am Ende ihrer Mittel sein. Die Städte müssen dann doch eingreifen. Dann ist aber der große Fehler bereits gemacht; die Mittel der Wohltätigkeit sind für die normalen Unterstützungsfälle aufgebraucht, während sie nur für die nicht normalen. in denen also eine größere Hilfsbedürftigkeit (zum Beispiel Krankheit in der Familie usw.) vorhanden ist, richtigerweise hätten gebraucht werden sollen.

Man hat in der Begründung einer größeren Stadt die Unterstützung der Kriegerfamilien als Teil der allgemeinen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens bezeichnet und daraus den Grundsatz abgeleitet, daß eine Kürzung des städtischen Zuschusses nicht erfolgen soll, solange insbesondere eine den Zeit- und persönlichen Verhältnissen angemessene Leistung für die Wohnung des Unterstützten an den Hauswirt ausstehen würde. Es soll dann aber darauf hingewirkt werden, daß die Unterstützten in den Grenzen des Möglichen ihrer Mietsverbindlichkeit nachkommen, und die Unterstützungskommissionen sollen daher befugt sein, wo die Verhältnisse es erfordern, Naturalunterstützung in Form der Übernahme der Mietzahlung für die Wohnung des Unterstützten unter Anrechnung auf die festgesetzte Geldunterstützung zu gewähren. Eine solche Naturalunterstützung kann mit guten wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt werden. Es ist dringend erwünscht, daß die Mieten soweit möglich eingehen, und wo die Mieter zurzeit nicht selbst zu ihrer Zahlung imstande sind, öffentliche Körperschaften, in erster Linie aber die Gemeinden, eintreten. Reichshilfe plus Gemeindeguschuß reicht nicht aus auch noch die Miete daraus zu bestreiten. Aber abgesehen von diesen Folgerungen ist die wirtschaftliche Auffassung der Begründung zweifellos richtiger und sehr viel einsichtiger als die der Gemeinden, die sie nur unter dem Gesichtspunkt einer Unterstützung würdigen und gestalten. Die Unterstützung der Kriegerfamilien ist nicht nur eine wirtschaftliche sondern direkt auch eine militärische Maßregel, die daher mit Fug und Recht auf das Konto der Kriegskosten zu buchen ist.

Ergänzungen der Barunterstützungen des Reichs und der Gemeinden werden in den Einrichtungen für Kinderfürsorge aller Art teils den Kriegerfamilien unentgeltlich zur Verfügung gestellt teils neu geschaffen. Durch die Benutzung der Säuglingsheime, soweit es sich um kranke Säuglinge handelt, der Kinderkrippen, der Kleinkinderschulen, der Kinderküchen, der Schulspeisung, der Kinderhorte usw. können den kinderreichen Familien, durch die Benutzung von Heilanstalten aller Art den Familien mit kränklichen Angehörigen große Erleichterungen gebracht werden. Nur sollte man dabei den Gesichtspunkt nicht vergessen, daß es häufig nicht nur aus ethischen Gründen wünschenswert sondern oft auch wirtschaftlicher ist die Kinderfürsorge der Mutter zu belassen, namentlich wenn sich diese dafür eignet, statt ihr durch die Abnahme der Kinder die Bewegungsfreiheit für einen wirtschaftlichen Erwerb zu schaffen.

Ist so von den Gemeinden für die Familien der eingezogenen Krieger mit mehr oder weniger großer Umsicht und Einsicht gesorgt worden, so kann das gleiche leider noch nicht von der Fürsorge für die Personen gesagt werden, die durch den Krieg arbeitslos geworden sind und nach Ablauf kurzer Zeit, wenn die geringen Ersparnisse aufgezehrt sind, in tiefste Not geraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit wächst unaufhörlich. Dazu haben

die Gemeinden selbst manches beigetragen, da sie in der Bestürzung und Verwirrung über den Einbruch der ungeheuren Katastrophe die extremste Sparpolitik proklamiert und alle Gemeindearbeiten, soweit irgend möglich, eingestellt haben. Erst allmählich setzte die Selbstbesinnung und der Anfang einer vernünftigeren Praxis ein. Vorbildlich ist Hamburg vorgegangen. Hier hat der Senat sämtliche Behörden beauftragt solche Arbeiten in Angriff zu nehmen, die Gewerbetreibenden und Arbeitern in größerer Zahl Beschäftigung geben können. Die Aufträge und Arbeiten sollen in möglichst kleinen Losen und zu staatlich fixierten Preisen vergeben werden. Die größeren Bauten werden nicht unterbrochen, Notstandsarbeiten sind geplant. Neuerdings hat auch der Berliner Magistrat die Fortführung aller im Etat vorgesehenen Arbeiten beschlossen. In Betracht kommen dabei so bedeutende Unternehmungen, wie der Bau der Nordsüdbahn, der Bau des Westhafens usw. Das Vorbild der beiden größten Städte des Landes sollte unverzüglich bei allen Gemeinden Nachahmung finden. Die Not der Bevölkerung kann von ihnen nicht besser als durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bekämpft werden. Dabei fällt gleichzeitig das Moment ins Gewicht, daß die Vornahme großer Arbeiten durch die öffentlichen Körperschaften der privaten Unternehmung einen Anstoß geben wird. Statt ihren Etat daraufhin zu revidieren, wo wohl gespart werden könnte, müssen die Gemeindeverwaltungen ihre Aufmerksamkeit darauf richten, wo und wie planmäßig für einige Monate, das heißt über den Winter hinaus, Arbeitsgelegenheit für die arbeitslosen Gemeindeangehörigen beschafft werden kann. Nicht nur an die großen Städte sondern auch an alle kleinen Gemeinden ergeht dieser Aufruf. In systematischer Weise sollte mit der Hilfe der staatlichen Verwaltungsbehörden ein Inventar dieser Notstandsarbeiten sofort aufgenommen werden. Hier kommen alle Arten von Meliorationsarbeiten in Betracht: Hoch- und Tiefbauten, Arbeiten der Landeskultur usw. An Beispielen und Erfahrungen fehlt es nicht. Einzelne Städte sind auch jetzt schon vorgegangen. Bei der ungeheuren Differenziertheit unseres Wirtschaftslebens werden bei der Auswahl der Notstandsarbeiten örtliche Momente eine sehr große Rolle spielen; ihre Berücksichtigung ist durchaus notwendig. Schematische Nachahmung ist hier nicht am Platz und wird nur jeden Erfolg ausschließen. Es wird sich wohl später noch Gelegenheit bieten das Thema der Notstandsarbeiten, das hier mit der weitgreifenden Aufgabe, einer Neugestaltung unserer Wirtschaft, zusammenhängt, eingehender zu behandeln.

Neu in dieser wirtschaftlichen Krise ist die ungeheuer große Arbeitslosigkeit der Frauen. Hat die Einberufung den Markt für männliche Arbeiter entlastet, so übt die durch den Krieg bewirkte Einstellung oder Einschränkung zahlloser Betriebe auf die weibliche Arbeiterschaft ihre volle Wirkung aus. Die Beschaffung einer Arbeit für sie ist sehr schwer. Es widerstrebt unserer sozialen Auffassung in vielen Berufen Arbeiterinnen als Ersatz für männliche Arbeiter zu beschäftigen. Ein großer Teil der Notstandsarbeiten wird ebensowenig für sie geeignet sein. Gerade in den Industriezweigen, in denen vornehmlich Frauen beschäftigt sind, in der Bekleidungsindustrie vor allem, wird in den nächsten Wochen und Monaten wenig Besserung zu erhoffen sein. Überall wird das Bedürfnis auf das Allernotwendigste beschränkt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den freien Berufen aller Art, die die Befriedigung höherer Lebensbedürfnisse zum Gegenstand

haben. Ferner kommen dazu die nach ihrer körperlichen Beschaffenheit ungeeigneten, namentlich die älteren Angehörigen der qualifizierten Berufe und die Angehörigen des Kleingewerbes und des Kleinhandels. Allen diesen Bevölkerungsteilen kann schließlich gar nicht anders als durch die Gewährung barer Unterstützung geholfen werden. Langsam fängt die Fürsorge der Gemeinden mit der Einrichtung von Arbeitslosenkassen und der Einsetzung von Unterstützungskommissionen an, so in Berlin, Krefeld und anderen Orten. Es ist organisatorisch zweckmäßig diese Arbeitslosenfürsorge sowohl von der Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer wie von der Armenfürsorge getrennt zu halten. Diese sollte nur für die Armenpfleglinge eintreten, die schon zur Zeit des Ausbruchs des Kriegs in ihrer Obhut waren oder als regelmäßige Armengeldempfänger bekannt sind. Für die neue Fürsorge sollte man den andern Namen Kriegsfürsorge anwenden. Das ist wegen der moralischen Wirkungen nicht ohne Bedeutung. Das Vorgehen Charlottenburgs, das aus ähnlichen Überlegungen Beträge, die im Armenetat für Barunterstützungen zur Verfügung stehen, den Unterstützungskommissionen überwiesen hat, verdient Nachahmung.


Endlich gehört zu der Gruppe der Maßregeln, die die Arbeitsbeschaffung zum Gegenstand haben, in gewissem Umfang auch die Errichtung von kommunalen Darlehnskassen zur Gewährung von Personalkredit, wie sie Charlottenburg und Berlin-Wilmersdorf eingerichtet haben. Es sollen kleinen Gewerbetreibenden Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden. In ähnlicher Richtung bewegt sich ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern, der die Gemeinden auffordert Mittel ihrer Sparkassen (bis zu 5 % der Spareinlagen) für die Gewährung von Personalkredit und die Beleihung erstelliger Hypotheken (bis zu 10 % des Grundstückswerts) zu verwenden. Die Anregung ist sicherlich beachtenswert; ein besonderes Risiko dürfte den Sparkassen aus diesen Geschäften kaum erwachsen.

Die letzte wichtige Gruppe von Maßregeln, die in den Aufgabenkreis der Stadtverwaltungen fallen, ist die Fürsorge für die Lebensmittelversorgung. In den letzten Jahren war es die Teuerung einzelner Lebensmittel, jetzt ist es der Krieg, der die Gemeinden zwingt in dieses wichtige Gebiet organisatorisch einzugreifen. Die Reichsgesetzgebung hat ihnen sogar in der Festsetzung von Maximalpreisen ein bei richtiger Handhabung sehr wertvolles Werkzeug in die Hand gegeben. Allerdings, mit der Festsetzung der Maximalpreise nur für den Detailhandel ist es nicht getan. Nicht minder muß die Tätigkeit des Großhandels und der Produktionsbetriebe dieser Regulierung der Preise unterworfen werden. Denn die Quelle der Preissteigerungen sind in der Regel nicht der Detailhandel sondern die zurückliegenden Produktions- und Distributionsstufen. Man hat nun gemeint, daß der Maximalpreis leicht zum Normalpreis werde, und dann statt einer Erleichterung eine Mehrbelastung des konsumierenden Publikums die Folge sei. Maximalpreise brauchen indessen durchaus nicht die befürchteten Wirkungen zu haben, wenn sie nur in richtiger Höhe unter Berücksichtigung der verschiedenen Qualitäten und vor allem den Konjunkturen folgend festgesetzt werden. In den Preisausschüssen müssen daher nicht nur Vertreter des Handels und Gewerbes sondern auch der Hausfrauen und Konsumentenvereinigungen, also vor allem der Konsumvereine, sitzen. Ist Gefahr vorhanden, daß die richtige Festsetzung der Höchstpreise nicht dauernd zu erreichen ist, dann

empfehlte sich für die Gemeinden die direkte Beeinflussung des Kleinhandels durch Ankauf von Lebensmitteln im großen. So hat ja nun auch in der Tat eine größere Anzahl von Gemeinden gehandelt. Es sind zum Teil recht bedeutende Summen teils bereitgestellt teils für den Ankauf von Lebensmitteln verwendet worden; so in Aachen 500 000 Mark, in Altona, Charlottenburg, Chemnitz je 1 000 000 Mark, in Essen, Hagen, Mainz unbeschränkte Kredite. Die angekauften Lebensmittel sind in verschiedener Weise verwendet worden. Die Kommunen Breslau und Düsseldorf haben das Mehl an die Bäcker weitergegeben, sie haben ihnen dabei die Auflage gemacht bestimmte Brotpreise einzuhalten. Einfacher und bei Notstandsaktionen, um die es sich hier handelt, auch mehr angebracht wäre die Herstellung des Brots in eigenen Bäckereien, die, eventuell von Bäckern oder Konsumvereinen, wohl ohne Schwierigkeit gepachtet werden könnten, oder, wie das bei den städtischen Teuerungsaktionen der letzten Jahre häufig geschah, Übernahme von Bäckern mit oder ohne Betriebseinrichtungen in städtische Verwaltung, die dann im Auftrag der Stadt die Produktion betreiben. Diese Notstandsaktionen werden im Lauf der Monate wohl noch in größerem Umfang von den Städten durchgeführt werden müssen. Voraussetzung für ihren Erfolg ist dabei aber eine Preisfestsetzung der landwirtschaftlichen Produkte, des Getreides, der Kartoffeln, der Milch und des Viehs. Die städtischen Einkaufsaktionen müssen entweder durch eine Beschlagnahme der ganzen für die Zwecke der Lebensmittelversorgung erforderlichen Ernteprodukte und Viehbestände oder durch die allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen für diese Produkte gesichert werden. Es muß als die Aufgabe der Reichsregierung und der Bundesregierungen bezeichnet werden der kommunalen Lebensmittelversorgung die notwendigen Grundlagen zu schaffen. Daß dabei nur große Mittel Erfolg versprechen, werden die kurzen Ausführungen gezeigt haben; denn es muß für gewaltige Bevölkerungsmassen gesorgt werden. Bei der Fleischversorgung spielen, wie das Direktor Heiß (Straubing) in einem Artikel der Deutschen Schlacht- und Viehhofzeitung auseinandergesetzt hat, die städtischen Kühlanlagen die wichtige Rolle der Regulatoren, wenn sie zweckmäßig ausgenutzt werden, das heißt, wenn in Zeiten des Viehüberflusses große Massen gefrorenen Fleisches zur Aufbewahrung für längere Zeit hergestellt und in ihnen gelagert werden. Auch diese organisatorischen Aufgaben der Fleischversorgung müssen von unseren Kommunen im Einvernehmen mit den staatlichen Behörden gelöst werden.

Die Erhaltung des Menschenmaterials, schon in normalen Zeiten die erste Sorge des wahren Staatsmanns, wird in Kriegszeiten des A und O der Politik, kommunaler wie städtischer, sein müssen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
PAUL UMBREIT · DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN WÄHREND DES KRIEGES

NSERE Gewerkschaften sind von dem Ausbruch des Weltkriegs völlig überrascht worden. Einen Monat zuvor noch hatte der Münchener Gewerkschaftskongreß seine Stimme für die Weiterführung der Sozialreform, für paritätische Arbeitsvermittlung und für Arbeitslosenversicherung erhoben. Man war voller Zuversicht auf die kräftige Entwicklung der Gewerkschaften und auf die

Erstarkung der Selbsthilfe. Keiner der zahlreichen Gewerkschaftsvertreter konnte damals ahnen, welch gewaltiges Schicksal über die gesamte Kulturwelt heraufzog. Am Tag nach dem Ende des Gewerkschaftskongresses fielen die Schüsse in Sarajewo, von denen die Konflikte, die den Weltkrieg heraufbeschworen, ihren unmittelbaren Ausgang nahmen. Aber noch bis in die letzten Juliwochen hinein wollte niemand glauben, daß das Ungeheuerliche, das Unfaßbare unabwendbar sei, und noch weniger, daß Deutschland von so zahlreichen Staaten mit Kriegserklärungen bedacht werden würde.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich schnell genug mit dem neuen Stand der Dinge abfinden müssen, und es ist in den wenigen Wochen seit dem Kriegsausbruch in fieberhaftester Arbeit geleistet worden, was zu leisten möglich war. Die erste Sorge galt der rechtlichen und der wirtschaftlichen Sicherung der Gewerkschaften. Daß in rechtlicher Hinsicht nichts zu befürchten war, ergab sich aus der ganzen Natur der weltpolitischen Konflikte. Deutschland und Österreich-Ungarn vom russischen Zarismus bedroht, in seinen eigenen Grenzen angegriffen: in solcher Lage ist das ganze deutsche Volk einig. Da schweigen alle inneren politischen Gegensätze, und da schweigt auch der Kampf gegen politische und wirtschaftliche Organisationen. Ernster stand es mit der wirtschaftlichen Lage der Gewerkschaften. Massenentlassungen, Einberufungen brachten Stillstand des Organisationslebens, Versiegen der Beiträge, Anschwellen der Unterstützungsansprüche und unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Herbeischaffung der Gelder. Die ansehnlichen Gewerkschaftsvermögen (88 Millionen Mark waren es am Schluß des Jahres 1913) sind nur zum kleinsten Teil verfügbar, in täglichem Geld oder mit kurzfristiger Kündbarkeit angelegt. Der größte Teil ist auf längere Zeit festgelegt, nicht geringe Summen in Staatspapieren, städtischen Schuldverschreibungen, Hypotheken und sogar in eigenen Häusern. Angesichts der Unmöglichkeit diese Gelder auch nur in überwiegendem Maß flüssig zu machen mußte mit den vorhandenen Barbeständen, mit dem, was auf andere Weise verfügbar gemacht werden konnte, gerechnet werden. Die Gesamtvermögen aller Gewerkschaften (pro Kopf der Mitglieder 34,55 Mark Ende 1913) würden etwa die normalen Ausgaben von 1½ Jahren (ausschließlich Streik- und Gemaßregeltenunterstützung) gedeckt haben. Da indes zu erwarten war, daß die Arbeitslosigkeit auf den 10fachen Umfang steigen würde, da weiterhin auch auf außergewöhnliche Notlagen der Mitglieder Rücksicht genommen werden mußte, und die verfügbaren Mittel weit hinter den wirklichen Vermögensbeständen zurückblieben, ergab sich die Notwendigkeit ganz außerordentlicher Verminderung der Ausgaben. Es galt sich auf die unentbehrlichsten Unterstützungszweige zu beschränken und auch die Verwaltungskosten so weit wie irgend möglich zu reduzieren.

Das Unternehmertum in Handel, Gewerbe und Industrie hat im ersten Impuls sich aller entbehrlichen Arbeitskräfte entäußert, um an Lohnausgaben zu sparen. Die Arbeiterorganisationen können diesen Weg nicht gehen, können ihre Angestellten und Hilfsarbeiter in solchen Zeiten nicht schlechthin brotlos machen. Die Solidarität aller Gewerkschaftsangestellten hat debattelos eine Lösung gefunden, indem alle Angestellten den Organisationen freiwillig ein Viertel ihres Gehalts zur Verfügung stellen. Die ersparten Summen sollen dazu dienen die arbeitslosen und in Not befindlichen Mitglieder mög-

lichst lange zu unterstützen. Weiterhin ergab sich die Notwendigkeit die Ausgaben für Drucksachen, Fachzeitungen usw. ganz erheblich herabzudrücken. Fast sämtliche Gewerkschaftsblätter erscheinen seit dem Krieg in verkleinertem Umfang, nicht wenige auch in verminderten Ausgaben. Daß während des Krieges keine wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden, war selbstverständlich, ebenso, daß auf alle entbehrlichen Unterstützungszweige vorläufig verzichtet und die ganze Kraft auf die Arbeitslosenunterstützung konzentriert werden müsse. Auch der Familien der zur Fahne einberufenen Mitglieder wurde gedacht, und je weniger klare Vorstellungen über das Maß der öffentlichen Kriegsunterstützungen herrschten, desto mehr drängte das Mitleid auch hier nach Möglichkeit helfend einzugreifen. In diesem Rahmen hoffte man die Wirksamkeit der Gewerkschaften entfalten zu können.

Die Hauptaufgabe war indes den verbliebenen Stand der Organisation möglichst rasch festzustellen, die durch die Einberufungen entstandenen Lücken des gesamten Apparats der Funktionäre auszufüllen und sich mit den Organisationsinstanzen über die weiteren Maßnahmen zu verständigen. Das war natürlich leichter gesagt als getan. Erforderte es doch mehrere Tage lange Reisen für die außerhalb Berlins wohnenden Vorstandsvertreter, um von der Vorständeokonferenz wieder nach ihrem Wohnort zu gelangen. Ebenso umständlich war für jeden einzelnen Verband die briefliche Verständigung der Orts- und Gauverwaltungen, die Aufnahme von Erhebungen und fast unmöglich während der ersten Wochen der Mobilmachung die Zusammenberufung der Gauleiter und Beiräte aus ihren Bezirken. So wurde es auch unmöglich für alle Gewerkschaften ein einheitliches Vorgehen hinsichtlich der Unterstützungsarten, -sätze und -dauer herbeizuführen, da ein Teil der Gewerkschaften die statutarischen Beschlüsse nicht ohne Verbandstag oder Konferenz ändern oder aufheben zu können glaubte. Ferner ergab sich, daß die Kriegslage einzelne Gewerkschaften weniger, die anderen mehr belastete, und daß jene nur mit geringen, diese dagegen mit ganz erheblichen Einschränkungen der früheren Unterstützungen vorgehen mußten. Angesichts der Mannigfaltigkeit der Beiträge und der Entwicklungen der Unterstützungen ließ sich eine Einheitlichkeit der Kriegseleistungen der Gewerkschaften nicht erreichen. Gewisse einheitliche Gesichtspunkte sind gleichwohl anerkannt worden. Es wurde empfohlen die Krankenunterstützung für solche Mitglieder, die gesetzliches Krankengeld beziehen, einzustellen und für im Feld gefallene Mitglieder das Sterbegeld aufzuheben. Den Familien der ins Feld berufenen Angestellten wird die Hälfte des Gehalts weitergezahlt. Übertritte von Mitgliedern aus einer Gewerkschaft in die andere sollen während der Dauer des Krieges nicht vorgenommen werden.

Soweit sich bis heute übersehen läßt, haben sich alle Gewerkschaften im Rahmen dieser Grundsätze eingerichtet. Einzelne Gewerkschaften haben ihre gesamten statutarischen Unterstützungsansprüche aufgehoben und neue Notfestsetzungen getroffen, andere haben nur diesen oder jenen Unterstützungszweig eingeschränkt oder eingestellt, aber keine einzige ist imstande alle Unterstützungsansprüche, auch die durch den Krieg gesteigerten, in voller Höhe zu befriedigen. Auch die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer ist nicht einheitlich geregelt. Manche Gewerkschaften gewähren zu den Leistungen von Staat und Gemeinden wöchentliche, manche monat-

liche Zuschüsse; einzelne, wie der Bauarbeiterverband, haben einmalige Unterstützungen im Oktober und Dezember in Aussicht genommen, um den Familien über die Mietszahlungen hinwegzuhelfen und eine Weihnachtsbescherung zu ermöglichen. Die meisten Gewerkschaften haben sich auf die Zusage einer Unterstützung bei außerordentlich großer Notlage beschränken müssen, und mehr und mehr macht sich die Überzeugung geltend, daß die Not in den Familien der Kriegsteilnehmer nicht annähernd so groß ist wie bei den Arbeitslosen, die völlig auf die Hilfe der Organisationen angewiesen sind. Auch die Praxis zahlreicher Gemeinden Bedürftigkeit bei Gewährung von Staatsunterstützung und Gewerkschaftsbeihilfen nicht anzuerkennen und deren Betrag von den Gemeindegewerkschaften in Abzug zu bringen, hat stark abkühlend gewirkt, so daß die Gewerkschaften sich wohl allgemein bald auf die Unterstützung ihrer Arbeitslosen beschränken dürften. Sie wissen, daß sie außerstande sind mehr zu tun als nur der äußersten Not zu steuern.

Um so dringender macht sich die Notwendigkeit öffentlicher Notstandshilfe geltend. Die Sorge um die auf dem Halm stehende Ernte hat erfreulicherweise ein Zusammenwirken der öffentlichen Arbeitsnachweisorganisation mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter sowie den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden herbeigeführt. Es wurden Garantien dafür geschaffen, daß die zur Einbringung der Ernte aufs Land vermittelten Arbeiter nicht den Gesindeordnungen unterstellt werden, daß ihnen ein gewisses Existenzminimum gewährt wird, und daß Vertrauensleute die Innehaltung dieser Zusicherungen kontrollieren können. Viel konnte den Arbeitslosen damit nicht geboten werden, da die Landwirtschaft sich meist mit Familienkräften oder mit der unentgeltlich gewährten Hilfe durch Schulen, Pfadfinder- und Wehrkraftvereine behelf. Befestigungsarbeiten im Norden und Osten brachten schon mehr Abhilfe, aber der tägliche Zustrom zum Arbeitsmarkt war größer als der Abfluß. Jeder Mobilmachungstag brachte neue Stilllegungen und Entlassungen, und die Betriebe, die zu tun hatten, stellten Militärpflichtige überhaupt gar nicht erst ein. Deshalb beauftragte eine Vorständekonferenz die Generalkommission der Gewerkschaften unverzüglich bei den Reichsbehörden Schritte zur Linderung der Arbeitslosennot zu tun. Die Generalkommission hat daraufhin sofort eine Reihe von Vorschlägen formuliert und dem Reichsamt des Innern unterbreitet. Sie beziehen sich 1. auf die Haltung des allgemeinen Wirtschaftslebens, 2. auf die spezielle Förderung der Privatwirtschaft, 3. auf die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Körperschaften, 4. auf die Einschränkung ungebührlicher Ausnutzung der beschäftigten Arbeitskräfte zum Nachteil der Arbeitslosen und 5. auf die Arbeitslosenunterstützung.

Das allgemeine Wirtschaftsleben leidet unter den Behinderungen des Personen-, Güter- und Postverkehrs, den Erschwerungen der Kohlen- und Rohstoff- sowie Lebensmittelversorgung. Diese Hindernisse müssen baldigst beseitigt, und der normale Zustand herbeigeführt werden. Für Rohstoffe, die vorzugsweise vom Ausland bezogen wurden, ist möglichst Ersatz zu beschaffen. Der Zurückhaltung von Rohstoffen und Lebensmitteln zu Spekulationszwecken muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. Die Arbeitsvermittlung muß vervollkommenet, den nach außen vermittelten Arbeitern freie Fahrt zum Arbeitsort gewährt werden. Die Privatwirtschaft ist durch

Zuweisung von öffentlichen Aufträgen und Arbeiten zu unterstützen. Betriebsleiter, die zur Weiterführung des Betriebs unentbehrlich sind, sollten tunlichst von der Einberufung zum Heer befreit werden. Für Betriebe, deren Aufrechterhaltung das Gemeinwohl erfordert (Lebensmittel-, Kohlen-, Rohstoff-, Düngemittelversorgung), ist nötigenfalls der Betriebszwang anzuordnen und eventuell der Weiterbetrieb in öffentlicher Regie durchzuführen. Für Bodenbearbeitung, Wohnungs- und sonstige Bauten sind öffentliche Mittel, auch solche der Arbeiterversicherungseinrichtungen, zur Verfügung zu stellen, um die private Bautätigkeit zu heben.

Da die Privatunternehmungen schwerlich imstande sein werden das Heer der Arbeitslosen zu beschäftigen, so ist die Arbeitsbeschaffung durch Reich, Staat und Gemeinde systematisch zu organisieren. In erster Linie müssen öffentliche Hoch- und Tief-, Straßen-, Chaussee- und Wasserbauten, Kulturarbeiten in Heide und Moor sowie Forstkulturen ausgeführt werden. Der Kriegsbedarf für Heer und Marine, soweit er sich zur Ausführung in Selbstregie oder Hausindustrie eignet, sowie der Ersatz für Kriegsabgang kann Tausende von Arbeitskräften beschäftigen. Die durch die Einberufungen entstandenen Lücken im Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienst, Verwaltungs- und Gemeindedienst können durch geeignete Aushilfen gefüllt werden. Der öffentliche Sicherheitsdienst sollte nicht freiwilligen Helfern ohne Vergütung überlassen werden, während zahlreiche Staatsbürger arbeitslos hungern. Auch die öffentliche und private Hilfstätigkeit, die meist unbezahlte Arbeit in Anspruch nimmt, sollte darauf Rücksicht nehmen, daß ein großer Teil der öffentlichen Hilfe entbehrlich würde, wenn man den Arbeitslosen diese Beschäftigung gegen Entgelt überließe. Schließlich bietet auch die Anfertigung des Bedarfs der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen an Dienstkleidern, Bureau- und Anstaltseinrichtungen genug der Möglichkeiten Arbeitslose zu beschäftigen, sobald nur die nötigen Mittel dafür beschafft werden können. Da jede Überfüllung des Arbeitsmarkts bei gewissenlosen Unternehmern die Neigung zu ungebührlicher Ausbeutung der Arbeiter zum Nachteil der Unbeschäftigten auslöst, so sollten die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen bei Ausgabe von Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen die strengste Innehaltung der tariflich geregelten Arbeitsbedingungen verlangen und mangels solcher entsprechende Arbeitszeiten und Lohnsätze vorschreiben. Namentlich muß darauf geachtet werden, daß das Zwischenmeistertum sich nicht unbilligerweise an den Ärmsten bereichert, wie dies Ende August in einer Berliner Schneiderversammlung festgestellt wurde.

Soweit durch diese Maßnahmen den Unbeschäftigten keine Arbeit verschafft werden kann, müssen Reich, Staat und Gemeinden Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitstellen. Mustergültig ist in dieser Hinsicht das Vorgehen der Gemeinde Berlin, die monatlich 500 000 Mark für Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung gestellt hat. Auch die Landesversicherungsanstalt Berlin hat einen Fonds von 5 Millionen Mark zur Unterstützung arbeitsloser Versicherter eingerichtet. Das Reichsversicherungsamt hat in einer Konferenz vom 31. August den übrigen Landesversicherungsanstalten gestattet bis zu 5 % ihres Vermögens Aufwendungen für die gleichen Zwecke zu machen. Wenn auch nur die größeren Gemeinden sich diesem Vorgehen anschließen und die Bundesstaaten die schwächeren Gemeinden durch staat-

RAPHAEL SELIGMANN · ÜBER DIE JUDEN IN RUSSLAND



INNER der wundesten Punkte in der innern Politik der zarischen Regierung ist die rechtliche Sonderstellung der russischen Judenheit. Ja, man wird kaum fehlgreifen, wenn man die Judenfrage als den wundesten aller Punkte in der an Verkehrtheiten aller Art so reichen Politik dieser Regierung bezeichnet. Denn die Eigentümlichkeiten des zarischen Regimes spiegeln sich in keinem sozialen Phänomen innerhalb des russischen Reiches auf eine derart klare und prägnante Weise wider wie in dieser unglücklichen Frage, die zwar männiglich bekannt, aber leider schlecht gekannt ist. Daß die Lösung der Judenfrage mit den Schicksalen des Zarismus aufs engste zusammenhängt: zu dieser Einsicht gelangen allmählich alle vernünftig denkenden Elemente der russischen Gesellschaft selber, nicht etwa auf dem Weg sozialpolitischer und sozialphilosophischer Reflexionen, sondern einfach, weil sie zu diesem Schluß durch die Macht der Tatsachen gedrängt werden. Die Judenfrage ist unsere Frage: das ist der Gedanke, der langsam, aber sicher sich in den Gemütern aller an der Renaissance der russischen Gesellschaft interessierten Kreise Bahn bricht. Und in der Tat ist die Entrechtung einer nahezu 5 Millionen starken Bevölkerung der Knotenpunkt, in dem sich alle anderen sozialen Probleme Rußlands verschlingen. Diese Entrechtung gehört zu den ungeheuerlichsten Paradoxieen im Gefüge des modernen Lebens, bedeutend und verwunderlich genug, um die nachhaltige Aufmerksamkeit aller tiefer und ernster denkenden Soziologen und Politiker auf sich zu lenken. Allein die moderne Wissenschaft, der keine Bagatelle im Getriebe des modernen Lebens zu gering und belanglos ist, findet keine Gelegenheit sich mit dieser Frage ernstlich abzugeben. Gewiß ist die Unkenntnis der speziellen russischen Verhältnisse zu einem großen Teil an diesem Umstand schuld, zu einem größern Teil aber hängt das mit der Ohnmacht der Geisteswissenschaften unserer Tage zusammen. Dabei ist gewiß nicht ihre theoretische Unzulänglichkeit etwa gemeint, sondern die Atrophie jener ethischen Impulse, die einzig und allein in stande sind den richtigen Instinkt für das richtige Problem auf dem Gebiet des Sozialen einzugeben. Und zuguterletzt rührt diese Unachtsamkeit von der Macht der Gewohnheit her, der Macht der Faulheit, der sich die fleißigen Wissenschaftler ebensowenig wie alle Sterblichen ganz zu entziehen vermögen. »An alles gewöhnt sich der Mensch, der Schuft«, sagt irgendwo Dostojewskij, der mit seinem genialen Spürsinn die ethische Kehrseite des Gewohnheitsinstinkts durchschaute.

Wenn man die systematischen Verfolgungen der russischen Judenheit durch die zarische Regierung in einen intimen Zusammenhang mit der allgemeinen Reaktion auf dem Gebiet der innern Politik Rußlands bringt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Reaktion zu einer besondern Bösartigkeit und Gehässigkeit in den Verfolgungen führte. Was aber die rechtliche Sonderstellung der russischen Juden als solche anlangt, so liegt diese ebenfalls im Wesen des Zarismus als solchem begründet. Denn man muß bedenken, daß der Zarismus oder, richtiger ausgedrückt, der Zäsaropapismus im Grunde seines Wesens eine intime Vereinigung von militärischer Gewalt und kirchlicher Autorität darstellt, und daß er als solche schon von

Anfang an aus rein konfessionellen Erwägungen eine ganz besondere Haltung den Juden gegenüber einnehmen mußte. Der orthodoxe Glaube bildete von jeher einen der Grundpfeiler des russischen Staates. und über die Wahrung dieser theokratischen Grundlage wachte der Zarismus fortwährend mit anhaltendem Eifer. In einem theokratischen Staat aber, wie Rußland bis kurz vor der Befreiungsepoche der sechziger Jahre des verflorbenen Jahrhunderts einer war, ist die Rechtspflege niemals frei von kirchlichen Grundsätzen. Die rechtliche Einschränkung der russischen Judenheit gehörte somit zu den wichtigsten Bestandteilen der geheiligten zäsaropapistischen Traditionen, mochten einzelne Herrscher hier und da über kirchliche Dinge überhaupt und über die Juden insbesondere ganz anders geartete Meinungen hegen. Gerade die Sicherheit und Fraglosigkeit des theokratischen Staates erforderte es, daß die rechtliche Situation der russischen Judenheit zu einer fraglichen werde, und daß mithin im russischen Reich eine Judenfrage bestehe. Es hieß gegen seine eigene Natur handeln, wenn der Zäsaropapismus sich den Anhängern eines ketzerischen Glaubens gegenüber vollkommen unparteiisch verhielte. Bis an die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts war das russische Reich ein heiliges Land, und in einem heiligen Land müssen Bekenner eines ketzerischen Glaubens als unheilig und somit auch in einem gewissen Sinn als unrein erachtet werden. In dem Programm des Zarismus stand deshalb, daß die Juden von allen Ämtern ausgeschlossen bleiben müssen, daß ihnen der Zutritt zu den staatlichen Erziehungsanstalten verwehrt sein soll, und daß sie in das Innere des heiligen Reiches nicht eindringen, daß sie also aus den Grenzen gewisser Distrikte nicht hinaus dürfen. Es ist bekannt, mit welcher Hartnäckigkeit der Zarismus bis auf den heutigen Tag an der letzten Prachtnummer dieses Programms festhält. Ursprünglich aber ist diese Beschränkung des Wohnrechts nichts anderes als das wohlbekannte westeuropäische Ghetto, mit dem einzigen für die russische Judenheit sehr günstigen Unterschied, daß die westeuropäischen Ghetti in einzelnen Städten angebracht waren, während das russische Ghetto ein einziges ausgedehntes Gebiet umfaßte, das den russischen Juden gestattete ein reges, vielgestaltiges und innerlich gegliedertes Wirtschafts- und Geistesleben zu entwickeln.

Dieses ein für allemal festgelegte Programm befolgte nun die von dem Geist des Zarismus erfüllte höhere Bureaukratie mit einer gewissenhaften Präzision, ohne jedoch besondere Bösartigkeit und Verfolgungssucht dabei an den Tag zu legen. Dieser Bureaukratie, die in Sachen der geistigen Kultur von einer erschreckenden Ignoranz war, und die von der russischen Judenheit ungefähr ebenso dunkle Vorstellungen wie von den Bewohnern der Fidschiinseln hatte, galt diese Judenmasse einfach als eine Art abergläubischer und ketzerischer Sekte, die in einem strenggläubigen christlichen Staat nur geduldet werde. Um diese Sekte zog man enge Grenzen, aber innerhalb dieser Grenzen gewährte man den Bekennern volle Bewegungsfreiheit. Um die inneren Angelegenheiten der russischen Judenheit kümmerte sich die zarische Politik herzlich wenig, und die Juden konnten ihre eigene geistige Kultur bis zur höchsten Blüte entfalten, ohne darin von den Behörden irgendwie gestört zu werden. Daß die Juden nicht nur eine konfessionelle Gruppe sondern auch und vor allem einen einheitlichen Volksorganismus von unverwüstlicher Lebenskraft bildeten und daß sie über eine

höhere Bildung verfügten, das konnten die Leiter der innern Politik des Zarenreichs unmöglich wissen. Denn auf nationale Unterschiede und Eigentümlichkeiten innerhalb der Bevölkerung war das Denken in jener Zeit noch nicht eingestellt, und der Blick für rein völkische Struktur nicht in diesem Maß geschärft wie es in unseren Tagen der Fall ist. Und dann gehörte es zu den Traditionen des Zarismus selber rein konfessionelle Züge für nationale auszugeben. Der Zarismus wollte durchaus den orthodoxen Glauben als eine wesentliche Eigenschaft des russischen Nationalcharakters anerkannt wissen. Und man muß gestehen, daß diese Betrachtungsweise recht greifbare Anhaltspunkte in der damaligen Wirklichkeit hatte. Die Konstitution des russischen Volkscharakters zeigte in der Tat eine recht bemerkenswerte Mischung von Konfessionalität und Nationalität. Die Rechtgläubigkeit bildete wirklich einen markanten Zug in der geistigen Physiognomie des russischen Volkes, was man von der Christlichkeit der westeuropäischen Nationen nicht sagen kann. Wenn also der Zarismus sich immer wieder auf die Rechtgläubigkeit als einen Grundzug des russischen Wesens berief, so hatte er so unrecht nicht. Er glaubte aufrichtig an eine *christliche* Sendung, die darin bestehen sollte alle andersgläubigen Völker unter seine Botmäßigkeit zu bringen und das eigene Volk unter dem Druck eines unbedingten Despotismus zu halten. Dieser naive und aufrichtige Despotismus dauerte aber nur bis zu der Befreiungsepoche der sechziger Jahre. Von da an, mit Alexander III., wurde er bewußt und bössartig.

Bevor indessen diese jähe Wendung in der innern Politik des Zarismus berührt werden soll, sei ein kurzer Blick auf die russische Judenheit selber geworfen. Die auf russischer Erde ansässige jüdische Bevölkerung, die der einen Annahme zufolge aus Deutschland her eingewandert sein, einer andern Annahme gemäß schon seit der Zerstörung des zweiten Tempels auf russischem Boden festen Fuß gefaßt haben soll, konnte nur dem oberflächlichen Blick einer von jeder Berührung mit dem unmittelbaren Volksleben abgeschnittenen Bürokratie als eine rein konfessionelle Gruppe erscheinen. In dieser jüdischen Masse pulsiert das rote Leben eines seines Eigenwerts vollbewußten Volkstums, das seine eigenen Bedürfnisse hat und seine eigenen Forderungen an die soziale Umgebung stellt. Als die russischen Juden den russischen Boden zum erstenmal betraten (ob sie aus dieser oder jener Himmelsrichtung kamen, ob sie zu diesem oder jenem Zeitpunkt erschienen, ist in unserm Fall gleich), waren sie bereits im Besitz einer festgefügtten Kultur, an der sie im Verlauf ihrer Geschichte innerhalb des russischen Reichs mit unermüdlichem Eifer weiterbauten. Sie waren es, die das Wunder vollbrachten die totgeglaubte Sprache des alten hebräischen Schrifttums zu einer lebendigen Umgangssprache zu machen, die allen modernen Anforderungen gerecht zu werden sucht; ein Wunder, das nur der lebendige Geist einer lebendigen Nation zu schaffen vermag, und das keine noch so eifrigen literarischen Bestrebungen jemals zustande bringen könnten. Auf diesem Boden brachte die mystische Unterströmung der jüdischen Religion den Chassidismus hervor, der breite Schichten des einfachen Volkes mit seinem Geist durchdrang; eine Erscheinung, die wiederum nur auf einer breiten völkischen Grundlage möglich ist. Daß hier von jeher die Pflegestätte der rabbinischen Gelehrsamkeit war, ist eine allzu bekannte Tatsache, als daß sie besonders hervorgehoben zu werden braucht. Hier entstand die unter

dem Namen des Bundes bekannte mächtige Organisation der jüdischen Arbeiterschaft, die der russischen Regierung so viel zu schaffen machte. Hier wurden die ersten Grundsteine zu der zionistischen Renaissance gelegt. 20 Jahre vor Herzl, dem nur das Verdienst des Organisators gebührt. Dies alles zeugt von einer erwüchsigten und unversiegbaren nationalen Kraft, die den Herd zu immer weiteren Erneuerungen abzugeben vermag. Bis in die Befreiungsepoche der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bildete die russische Judenheit einen derart in sich geschlossenen, kraftvollen Organismus mit eigenen geistigen und wirtschaftlichen Funktionen, daß er unwillkürlich und naturgemäß eine assimilierende Wirkung auf etwaige fremde Volkselemente ausübte, die in seine Nähe gelangten. Die russische Judenheit stand also so in sich geschlossen und selbstgenügsam da, daß sich ihr fast keine Gelegenheit bot ihren Nationalcharakter nach außen hin an den Tag zu legen, und nur die Schichten des einfachen Volkes, die in ihrem alltäglichen Leben mit den Juden in enge Berührung kamen, und die meistens aus Weiß- und Kleinrussen, Polen, Litauern und Letten bestanden, fühlten deutlich, daß sie es mit einer eigenartigen Nation von echtem Schrot und Korn zu tun hatten. Die eigentliche russische Gesellschaft aber hatte keine blasse Ahnung von dem, was innerhalb des jüdischen Volkes vorging. Daß der höhern Bureaukratie und den Leitern der innern Politik der Geist der jüdischen Massen ein Buch mit sieben Siegeln war, ist bereits erwähnt worden. Die Ära der sechziger Jahre brachte nun eine Fülle von neuen Aufgaben mit sich. Es war dies die Zeit, wo der Zarismus sich aufrichtig bereit zeigte den neu auftauchenden kulturellen Bestrebungen entgegenzukommen und weitgehende Konzessionen zu machen. In seinen letzten Regierungsjahren, fast an der Neige seiner Tage, trug sich Nikolaus I. ernstlich mit dem Plan in die Mitte der unwissenden und abergläubischen Bevölkerung europäische Zivilisation hineinzubringen, und nur der jähe Tod hinderte ihn daran. Nach der Beendigung des Krimkriegs griff sein Nachfolger, Alexander II., der durch das Dekret des 19. Februar die Leibeigenschaft der Bauern offiziell aufhob, den Plan seines Vaters auf und suchte ihn nach Möglichkeit in Erfüllung zu bringen. Hier traten aber Ereignisse ein, die der zarischen Politik mit einem Schlag eine andere Wendung gaben. Da es vornehmlich der Geist der sechziger Jahre gewesen war, der den Zarismus zu einem plötzlichen Ruck nach rückwärts bestimmte, sei der Grundzug dieser Epoche in möglichst knappen Strichen charakterisiert.

Die Befreiungsepoche des 19. Jahrhunderts war in mancherlei Hinsicht die Sturm- und Drangperiode der jungrussischen Literatur, wie des neuauflühenden gesellschaftlichen Lebens überhaupt. Die ganze russische Gesellschaft befand sich damals in einem Zustand seelischer Gehobenheit, wie weder früher noch später. In die russische Literatur, die bisher das Eigentum einer ganz knappen obern Schicht bildete und über die Grenzen enggeschlossener Kreise nicht hinausging, begannen frische Kräfte aus den verschiedensten Klassen der Bevölkerung einzudringen, die diese Literatur mit einem neuen Lebensinhalt erfüllten und ihre Schranken sprengten. Die Köpfe arbeiteten in fieberhafter Erregung, Schätze europäischer Weisheit wurden hastig aufgewühlt. Alte, längst für abgetan gehaltene Theorieen wurden von neuem aufgegriffen und verarbeitet, neue schossen wie Pilze über Nacht empor. Es kam eine ganze Reihe beredter Publizisten und So-

zialphilosophen: Tschernyschewskij, Dobroljubow, Pisarew, Grigorjew, Lawrow, Solowjew und andere. Alle sozialen Schranken und Scheidewände schienen mit einemmal gefallen, die Struktur des ganzen gesellschaftlichen Organismus schien in rascher Veränderung begriffen zu sein. Es versteht sich von selbst, daß bei einer gesellschaftlichen Gärung von solcher Intensität, die keine Klasse der Bevölkerung unberührt ließ, die Juden in ihrer bisherigen Abgeschiedenheit nicht länger verbleiben konnten. Auf der einen Seite war es die jüdische Intelligenz, die mit in den Strudel der reformlustigen Bewegungen hineingerissen wurde, auf der andern waren es die tiefer gelegenen Schichten der jüdischen Massen, die von den neuauftauchenden kommerziellen Unternehmungen und Konjunkturen aller Art angezogen wurden. Die Folge war, daß die russische Gesellschaft, die bisher nur ganz vage Vorstellungen von den Juden hatte, jetzt die Gelegenheit erhielt sich mit dem jüdischen Volk näher zu beschäftigen. Vor allem aber war es die zarische Regierung in der Person ihrer bürokratischen Vertreter, die zum erstenmal die große Entdeckung machte, daß die Juden keine religiöse Sekte sondern eine leibhaftige Nation mit allen völkischen Attributen darstellten. Diese Erkenntnis trat gerade zu einem Zeitpunkt ein, da bereits im Geist des Zarismus ein verhängnisvoller und folgenschwerer Umschwung sich zu vollziehen im Begriff war. Die verhältnismäßig kurze Regierungszeit Alexanders II., die nach einer ungeheuer langen Periode geistiger und wirtschaftlicher Knebelung dem ganzen russischen Volk fast ohne Vorbereitung und mit einem einzigen Schlag eine Fülle neuer Möglichkeiten auf fast allen Gebieten gesellschaftlicher Betätigung erschloß und insbesondere der russischen Intelligenz die redseligen Zungen löste, mußte auf die ganze Gesellschaft die Wirkung eines plötzlichen Rausches ausüben. Der Drang nach Freiheit, der während langer, langer Zeit in brutaler und rücksichtsloser Weise niedergehalten worden war, trat mit einemmal energisch und gebieterisch hervor. Die befreiten Bauern, die bei der Zuteilung der Bodenparzellen sich übervorteilt sahen, begannen ihre längstgehegten Ansprüche auf den vollen Besitz des Grund und Bodens geltend zu machen. Der industrielle Aufschwung rief einerseits eine geistig rege und für sozialistische Anschauungen empfängliche Arbeiterschaft hervor, die sich in den Städten konzentrierte und nach Verwirklichung ihrer Pläne strebte, andererseits wiederum erzeugte er einen liberal gesinnten Bürgerstand, der die zarische Regierungsform veraltet fand und nach einer Konstitution in westeuropäischem Sinn und nach westeuropäischem Muster verlangte. Der Zarismus wurde von allen Seiten bestürmt und fühlte sich in seinen Grundfesten erschüttert. Bald aber raffte er sich auf. Die ersten Anzeichen einer beginnenden Reaktion machten sich bereits zu Lebzeiten Alexanders II. bemerkbar, den die um sich greifende Bewegung allmählich umzustimmen anging. Aber erst mit der Thronbesteigung seines Nachfolgers, Alexanders III., trat diese Reaktion völlig in die Erscheinung.

Vergegenwärtigt man sich die ganze Bedeutung dieses Umschwungs, so wird man seine unheilvollen Folgen für Rußland überhaupt und das Schicksal der russischen Juden insbesondere begreifen können. Im Grunde ihres Wesens bedeutete diese Reaktion nichts anderes als die künstliche Wiederherstellung der ursprünglichen zarischen Idee inmitten einer total veränderten Gesellschaft, die einer derartigen Idee längst entwachsen war. Es galt das Pro-

gramm des zarischen Regimes in allen Punkten aufrechtzuerhalten. trotz der tiefen Umwälzungen im ganzen Leben des russischen Volkes. Einen der Grundpfeiler, auf die das Gebäude des Zarismus sich stützte, bildete die mächtige Klasse der Großgrundbesitzer. Die Emanzipation der Bauern, die einmal geschehen und nicht wieder rückgängig zu machen war, entzog zwar dieser Klasse ihre gewaltigsten Machtmittel. Aber noch immer verfügten die Grundbesitzer über unermeßliche Bodenflächen, noch immer stak der Bauer bis über die Ohren in Armut und Unwissenheit. Es galt also jene in ihrem Besitz nach Möglichkeit zu stärken und diesem die Hebung seiner wirtschaftlichen und geistigen Lage zu erschweren. Die industrielle Entwicklung hat einen bürgerlichen Mittelstand gezeitigt und die liberale Gesinnung in gewissen Schichten der Bevölkerung gefördert; es galt also dieser liberalen Gesinnung Fesseln anzulegen. In einem wahrhaft zarischen Staat sollte sich der Arbeiter in beständiger Abhängigkeit von seinem Patron fühlen; es galt also alle auf wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiterschaft zielenden Versuche im Keim zu ersticken. Der geheime Inspirator dieser ganzen Politik war der frühere Erzieher Alexanders II., der berühmte Pobjedonoszew, der die berühmt gewordene Formel »Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit und Volkstümligkeit!« prägte: eine Formel für die Grundidee des Zarismus. Doch hat dieser Zarismus seinen guten Glauben an seine Mission schon längst eingebüßt. Es war dies nicht mehr jene zwar brutale, aber in ihrer Art naive, selbstverständliche Wucht, durch die der ehemalige Zarismus jede Neuerung im gesellschaftlichen Leben niederdrückte. Die altväterlichen Zeiten waren vorüber, und das zarische Regime selber hat sich gewissen modernen Formen anpassen müssen. Nunmehr war alles in der Politik des Zarismus Berechnung und Methode, eine falsche Berechnung und eine verkehrte Methode, aber immerhin eine bestimmte Planmäßigkeit. Der Glaube an die innere Berechtigung seines Daseins war dahin. Daß die Logik der zarischen Taktik mit der Logik der Tatsachen in immer vehementere Konflikte geraten, daß das zarische Regime in immer furchtbarere Monstrositäten hineingetrieben werden mußte, das versteht sich von selbst; aber dies konnte den Zarismus von dem fatalen Lauf, den er einmal genommen hatte, nicht mehr abhalten. Es folgten die bekannten Unruhen, es folgte die Revolution von 1905, aber der Zarismus hat auch diese Krise überstanden.

Einer Hauptnummer dieses ganzen Programms, den systematischen Verfolgungen der Juden, unter dem Deckmantel des Gesetzes, muß ein besonderer Platz eingeräumt werden. Das zarische Regime, das sich immer wieder in heuchlerischer Weise auf die Rechtgläubigkeit berief, mußte die Juden zum Gegenstand seiner besondern Aufmerksamkeit machen. Die *Christlichkeit* des Zarismus forderte die Sonderstellung der Juden in rechtlicher Hinsicht. So sollte eigentlich einer der wichtigsten Punkte des Programms lauten. In Wirklichkeit aber richtete sich die ganze Unterdrückungspolitik des Zarismus nicht sowohl gegen die Juden als konfessionelle Gruppe als vielmehr gegen die Juden als soziale Klasse und vor allen Dingen gegen die Juden als Nation. Von allen Völkern, die in Rußland lebten, liefern die Juden den zahlreichsten industriellen Mittelstand (aus bekannten historischen Gründen, auf die hier nicht weiter eingegangen zu werden braucht). In einem despotischen Staat aber ist der industrielle Mittelstand von jeher der Herd

liberaler Gesinnung. Ein feudaler und bürokratischer Staat wie der russische muß seine Spitze gegen einen derartigen Herd richten. Aber dies allein würde noch nicht ausreichen die ganze Bösartigkeit und Brutalität der Judenverfolgungen seitens der russischen Regierung zu erklären. Die nationalen Eigentümlichkeiten der Juden sind es, die den ganzen Haß der russischen Regierung auf sich heraufbeschworen haben, namentlich auch deshalb, weil sie diese nationalen Eigentümlichkeiten in der revolutionären Bewegung auf eine besonders empfindliche Weise zu spüren bekam.

Es wird vielleicht etwas paradox klingen, und doch kann man behaupten, daß zu den Traditionen des Zarismus in einem gewissen Sinn auch die russische Revolution mitgehört. Für den russischen Zarismus hat diese Revolution beinahe etwas Vertrautes. Zunächst waren es sozusagen häusliche Revolutionen, die die Schwelle des zarischen Heiligtums nicht überschritten, mit denen der russische Zarismus seine erste Bekanntschaft schloß. Im Getümmel dynastischer Umwälzungen verlebte der Zarismus seine zartesten Jugendjahre. Dann kam aber die Zeit, wo die Revolutionen einen ausgesprochen politischen Charakter anzunehmen begannen. Zwischen den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts vollzog sich die Verschwörung der Dekabristen, die einen Regierungsumsturz planten. Dann dehnte sich die Revolution auf immer weitere Kreise aus, bis sie in den sechziger Jahren und den Dezennien darauf gewissermaßen den Charakter einer Volksbewegung annahm. Es war natürlich, daß sich auch ein Teil der Juden dieser Bewegung anschloß. Und gerade diese brachten erst Zielbewußtheit und Methode in sie. Der Russe mit seinem unausrottbaren Hang sich dem ihm gegenüberstehenden Ganzen zu überantworten, kam immer der Gefahr nahe sich ins Breite und Vage zu verlieren; der Jude mit seiner individuellen und willensstarken Pointierung drängte immer auf das Bestimmte hin. Ob die zarische Regierung diesen Unterschied klar erfaßte, ist sehr zweifelhaft; daß sie aber die Wirkung zu fühlen bekam, steht fest. Die zarische Regierung geriet in die äußerste Wut. Mit den revolutionären Gelüsten ihres eigenen Russentums hoffte sie irgendwie fertig zu werden; gegen dieses fremdartige jüdische Element aber konnte sie nicht aufkommen. Es galt also dieses jüdische Element vollständig lahmzulegen. Gegen dessen kulturelle Überlegenheit trat nun die zarische Regierung mit der ganzen Wucht ihrer brutalen Macht auf. Nichts war ihr in diesem Kampf zu verbrecherisch und gemein. Sie erprobte alle Hilfsmittel, von den kleinsten Schikanierungen im täglichen Leben bis zu den furchtbarsten Hekatomben der Pogrome. Es ist also in einem gewissen Sinn richtig, wenn man die Reaktion für die Judenverfolgungen verantwortlich macht. Aber nur in einem gewissen Sinn. Denn der innere Grund für diese Verfolgungen lag im Wesen des Zarismus als solchem, und dieser Grund bestand darin, daß der Zarismus von Anfang an die russische Judenheit als konfessionelle Gruppe ausschied. Die zarische Regierung in ihrer Eigenschaft als rechtgläubiger Staat machte eben von vornherein die Juden zu der Zielscheibe besonderer Bestimmungen und Maßnahmen.

Dazu gesellt sich ein gewichtiger Umstand. Der bürokratische Mechanismus ist ursprünglich nur das ausführende Organ der Absichten von oben. Aber in dem unermesslichen Reich entwickelt sich dieses dienende Organ zu einem selbständig funktionierenden Apparat, der eine unabhängige Bedeutung

erhält. Die Bureaukratie arbeitet auf ihre eigene Faust und gewinnt mit der Zeit einen rückwirkenden Einfluß auf die höhere Leitung, so daß diese sehr oft von dem bureaukratischen Apparat in Abhängigkeit gerät. Sie glaubt zu leiten, und sie wird geleitet. Und für diese Bureaukratie ist die gegen die Juden gerichtete Unterdrückungspolitik seit langer Zeit zu einer unversiegbaren Quelle der Bereicherung geworden. Ob man sich in dieser oder jener Gegend aufhalten darf, ob man in diese oder jene Lehranstalt durchschlüpfen kann: dies hängt gewöhnlich von einer entsprechenden Vergütung an den zuständigen Beamten ab. Die systematisch betriebenen Judenverfolgungen auf dem Weg der Gesetzesparagraphen liegen im Interesse einer mächtigen Kaste, und dieses Interesse wirkt seinerseits bestimmt auf die höhere Instanz zurück. Die höhere Instanz wird oft zum ausführenden Organ ihres Werkzeugs. Es ist dies ein böser, verderblicher Knoten, den aufzulösen vergebliche Mühe wäre, und den nur ein einziger, alles zermalmender Streich zu zerhauen imstande ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Geistige Bewegung / Walter Oehme

Krieg und Volkskunst Wenn Mars spricht, schweigen die Musen. Und doch braucht unser Volk gerade jetzt in schwerer Zeit für seinen Sieg neben einer gesunden Volkswirtschaft nichts notwendiger als ein starkes gesundes Geistesleben. Wie wollten wir die vielen starken seelischen Erschütterungen durch Sieg und Niederlage, durch hochherzige Taten und Not und Elend, durch Begeisterung und bange Zweifel, wie wollten wir sie ertragen, wenn nicht unsere Seele in den ewigen Wahrheiten der Kunst, in ihren Menschheitsgedanken ihren Halt fände? Wenn wir unser geistiges Leben durch den Krieg hindurch retten, so haben wir gesiegt. Aus Groß Berlin werden die ersten Versuche dem Volk in schwerer Zeit die stärkende Kraft der Kunst zu erhalten bekannt. Die Existenz der beiden Freien Volksbühnen scheint schwer gefährdet zu sein. Und so beschlossen sie gemeinsam mit den Berliner Gewerkschaften und dem Bezirksbildungsausschuß der Partei die Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden, um, wie der von einer großen Zahl bekannter Männer und Frauen unterzeichnete Aufruf sagt, die daheimgebliebenen Männer und Frauen der Vereinsamung und der Straße zu entziehen. »Das Programm dieser Abende soll sich von allem Platten und Oberflächlichen weit entfernt halten, es soll der geistigen Vertiefung

dienen und der Stärkung der sittlichen Werte, die in unserm Volk lebendig sind.« Diese klare Zielsetzung zeigt, daß die Veranstalter erkannt haben, was unserm Volk jetzt nützt. Es ist das um so wichtiger, als ähnliche Veranstaltungen sich leider nicht von Plattheiten freigehalten haben. Möchten doch alle die, die in dieser Zeit in irgendeiner Form zum Volk und mit ihm reden, sich dessen bewußt werden, daß jetzt nur die kostbarsten und erlesensten Werke würdig sind als geistige Kost geboten zu werden, daß jeder, der Flaches und Wertloses gibt, die Widerstandskraft unseres Volkes schwächt. Das Programm des einzelnen Abends soll, von der Zeitstimmung ausgehend, die Zuhörer zu allgemeinen Menschheitsgedanken aufwärts führen. Die Abende sollen mehrmals in der Woche und an vielen Stellen in Groß Berlin gleichzeitig zum Eintrittspreis von 10 Pfennig veranstaltet werden. So wird im Volk das Kunstbedürfnis wach erhalten werden; die Daheimgebliebenen werden Stärkung für ihre Seelen empfangen, den schwer bedrängten Künstlern wird Hilfe gebracht, und die Kunst vermag gebend neue Werte zu erringen und sich in den Dienst des Volkes zu stellen, das um seine Existenz ringt. Leider hat selbst der Krieg die unselige Zersplitterung des Volksbildungswesens nicht beseitigen können. Es ist jetzt nicht an der Zeit zu untersuchen, durch wessen Schuld ein gemeinsames Vorgehen gescheitert ist. Möchten sich die,

die diese Schuld auf sich geladen haben, ihrer bald bewußt werden, damit sie sie noch gut machen können. Denn die Aufgabe kann nicht als gelöst betrachtet werden, selbst wenn wir 3mal in der Woche 300 solcher Abende in Groß Berlin veranstalten. Was will das heißen für das ganze deutsche Volk? Jetzt ist es an der Zeit unter Benutzung aller vorhandenen Organisationen ein Riesenetz der Volksbildung über die deutschen Lande zu spannen. Der Zentralbildungsausschuß der Partei ist der gegebene Anhaltspunkt; er wird, wenn er nur will, in der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, der Comeniusgesellschaft, den Lehrervereinen usw. willige Helfer finden. Jetzt kommt die Zeit, da offenbar wird, daß alle die Irrwege gingen, die der Volksbildungsarbeit politische Tendenzen gaben. Jetzt, da über allen Parteitendenzen das Gefühl der nationalen Einheit schwebt, müssen wir den Weg finden, der alle unsere Kräfte in der Volksbildungsarbeit eint. Es gilt ein großes Werk. Mit der Selbstverleugnung, die die große Zeit von jedem einzelnen fordert, wird man auch dieser Forderung gewachsen sein.

× **Einheitsschule** Der deutsche Lehrertag, der in den ersten Tagen des Juli in Kiel tagte, hatte in den Mittelpunkt seiner Verhandlungen die Frage der Einheitsschule gestellt. Durch diese beachtenswerte Kundgebung erfuhr endlich einmal die Öffentlichkeit in aller Klarheit, daß die gesamte deutsche Lehrerschaft, mit Ausnahme eines Teils der konfessionell gebundenen Elementen, geschlossen für das Prinzip der Einheitsschule eintritt. Kerschenshteiner hatte das Referat über die »nationale Einheitsschule« übernommen. Das neue Adjektivum ist äußerst glücklich gewählt; es bringt prägnant zum Ausdruck, daß die Einheitsschule eine nationale Frage ist. Von den Kerschenshteinerschen Leitsätzen, die die Versammlung annahm, seien nur die 3 wichtigsten herausgestellt: »Jede Differenzierung der öffentlichen Schule nach ökonomischen oder sozialen Rücksichten ist eine Verletzung des Rechts- und Kulturstaats. [Man kann getrost sagen: eine große Gefahr für den Kulturstaat.] Die allgemeine öffentliche Schule bedarf aber der Differenzierung aus psychologischen und pädagogischen Gründen. Die Fundamentalforderung aller Differenzierung ist, daß jeder Schüler jene Bildungswerte vorfindet, die seiner Veran-

lagung gemäß sind.« Der pädagogisch wichtigste Einwand wurde gegen die Differenzierung erhoben: man solle die Durchführung der Einheitsschule nicht durch die Differenzierung nach Begabungsqualitäten erschweren. Der Gegner übersah aber, daß ohne Differenzierung die Einheitsschule eine pädagogische Mißgeburt, wenn nicht überhaupt unmöglich wäre. Aber die Art und Intensität der Differenzierung ist das einzige pädagogische Problem der Einheitsschule. Im übrigen ist sie ein politisches und ein religiöses Problem. Die Ausführungen Tews seien deshalb unterstrichen: »Wenn die Einheitsschule schon eine politische Frage ist, so wollen wir sie nach Möglichkeit davor bewahren, daß sie eine parteipolitische werde.« Daß die Frage der Einheitsschule auch ein religiöses Problem ist, mag manchem überraschend sein. Die Einheitsschule mit konfessionellem Religionsunterricht ist eben eine pädagogische Unmöglichkeit.

Auf der Pfingstwoche des Katholischen Lehrervereins in Essen erklärte Lehrer Runge: »Eher lassen wir unsere Kirche niederreißen, als daß wir unsere konfessionellen Schulen uns nehmen lassen.« Deshalb sprach Herr Spahn sich für die Einheitsschule mit konfessioneller Trennung aus. Es ist zu hoffen, daß, wenn unsere religiös durchwehte Zeit uns erst dem Wesen der Religion ein wenig nähergebracht hat, dann auch die Erkenntnis kommen wird, daß wahrhaft religiöse Erziehung durchaus nicht einen Konfessionalismus bedingt und deshalb in der Einheitsschule sehr wohl ihren Platz finden kann. Sehr viel geringer ist die Hoffnung auf Beseitigung der politischen Widerstände. Erklärte doch der Kultusminister bei der Beratung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhaus: »Es ist wenigstens zweifelhaft, ob diese Schule jemals wird bei uns eingeführt werden können, noch zweifelhafter ist, ob sie zum Segen unseres Volkes gereichen würde. Unzweifelhaft aber ist, daß ihre Einführung bei den gegenwärtigen Verhältnissen und in der übersehbaren Zukunft einfach eine Unmöglichkeit ist.«

Es sei nicht verfehlt bei dieser Gelegenheit auf Aloys Fischers Schrift Der Einheitsgedanke in der Schulorganisation /Jena, Diederichs/ hinzuweisen. Wenn sie gleich (wie auch die Diskussion auf dem Lehrertag in Kiel) zeigt, daß wir dem pädagogischen Problem der Einheitsschule in seinen letzten Konsequenzen

zen noch nicht gewachsen sind, so ist doch die Literatur über diese Frage zu dürftig, als daß nicht jede neue Arbeit mit Freude begrüßt werden muß.

× **Schulaufsatz** Zum Problem des Schulaufsatzes legt Professor A. Schmieder eine Sammlung von Aufsätzen über das selbe Thema aus allen Altersstufen der Leipziger Volksschuljugend vor (Der Schulaufsatz, Tatsachen und Möglichkeiten /Leipzig, Teubner/). Das Thema lautete: »Erlebtes vom 18. Oktober«. Es wurde an einem Tag in allen Leipziger Schulen von allen Schülern gleichzeitig ohne jede Anleitung behandelt, und ergab so ein Material von 5220 Aufsätzen aus allen Klassen der Bezirks-, Bürger- und höheren Bürgerschulen, einer Realschule, einer höhern Mädchenschule nebst Lehrerinnenseminar mit Übungsschule, einer Oberrealschule, eines Realgymnasiums und eines humanistischen Gymnasiums. Das Resultat ist schmachvoll für unsere Unterrichtsarbeit und bedeutet die Bankerotterklärung nicht nur unseres Deutschunterrichts sondern unserer ganzen Lehrmethode. Die Befürchtungen, die man nach den Arbeiten von Jensen und Lamzus über den Schulaufsatz haben mußte, sind hier durch unabweisliches Tatsachenmaterial weit übertroffen. Das Buch muß selbst die Selbstherrlichsten zur Einsicht bringen. Man halte gegen diese Arbeiten einmal die Aufsätze der Berthold Otto-Schule, die kleinen Geschichten der Kinder im Hauslehrer (herausgegeben von Berthold Otto im Verlag des Hauslehrers in Berlin-Lichterfelde) oder die in der neuen Zeitschrift Die Zukunftsschule (herausgegeben von Georg Kerner im selben Verlag). Die beiden Zeitschriften, von denen die erste seit Jahren, die andere seit 1913 sich bemühen das Kind ohne unsere Bevormundung und Korrigiersucht zu Wort kommen zu lassen, die versuchen in das Kindesgemüt einzudringen, haben uns gelehrt, welch scharfsinniges Erkenntnisvermögen, welch unermüdlichen Erkenntnistrieb und welche überraschende Ausdrucksfähigkeit unsere Kinder besitzen. Die von den Zeitschriften geleistete Arbeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, namentlich angesichts der oben genannten Aufsatzsammlung, die auf das klarste beweist, wie alle diese Fähigkeiten des Kindes in unserm Schulbetrieb systematisch zugrunde gerichtet werden.

KurzeChronik Von den deutschen Universitäten wurden nach Ausbruch des Krieges die Angehörigen der mit dem Deutschen Reich Krieg führenden Mächte vom Besuch der Vorlesungen ausgeschlossen. × Die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten in Wien hatte zu einer internationalen Zusammenkunft informatorischen Charakters für den 20. August nach Wien eingeladen. Der Krieg hat, wie den internationalen sozialistischen Kongreß, so auch diese Konferenz unmöglich gemacht. × Um den Niedergang der musikalischen Volkskultur aufzuhalten, erließ der Deutsche musikpädagogische Verband einen Aufruf zur Gründung von Volkshochschulen auf gemeinnütziger Basis. Die Errichtung einer Volkshochschule als Musteranstalt für Groß Berlin ist zunächst geplant. Berufene Vertreter der Magistrate haben tatkräftige Förderung zugesagt. × Der Ortsausschuß für Jugendpflege in der Stadt Kiel gab die Vorträge und Berichte des Kieler Jugendpflegekursus 1912 gesammelt unter dem Titel Jugendpflegearbeit /Leipzig, Teubner, heraus. Das Buch enthält eine Fülle von Material und wertvollen Anregungen. × Das 1. Heft der bei Teubner erscheinenden Säemannschriften enthält eine Arbeit O. Kosogs über unsere Rechtschreibung und die Notwendigkeit ihrer gründlichen Reform. Der Verfasser weist zunächst die Unzulänglichkeit unseres Alphabets und unserer Rechtschreibung nach und versucht darzulegen, daß heute eigentlich niemand orthographisch richtig schreiben könne. Die unterbreiteten Reformvorschläge sind zum Teil nicht neu.

× **Literatur** Aus einer Kinderstube, Tagebuchblätter einer Mutter, bearbeitet von Tony Meyer /Leipzig, Teubner/, ist ein Buch von hohen erzieherischen Werten, das wir in der Hand jedes Vaters, jeder Mutter sehen möchten. Die Verfasserin der Tagebuchblätter ist ein pädagogisches Genie. Ihre feine Beobachtungsgabe wird vertieft von dem durch Mutterliebe getragenen Ringen nach Verstehen der Kindesseele. Oftmals ist es beim Lesen, als täten wir einen tiefen, tiefen Blick in die Seele unserer Kinder, als öffneten sich die Tore des geheimnisvollen Kinderparadieses, und eine unsagbare Schönheit strahlte uns entgegen. Gewiß, wir stehen heute

vielfach den psychologischen Beobachtungen aus Laienkreisen skeptisch gegenüber. Aber, was hat uns denn die experimentelle Psychologie bisher an praktischen Resultaten Großes gebracht? Nichts, was nicht durch die pädagogische Erfahrung längst erwiesen war. Gewiß ist auch in den vorliegenden Blättern manches ungenau und schief beobachtet. Das ist aber fast eher ein Vorzug als ein Mangel, wenn es uns lehrt, wie wenig wir uns in Erziehungsfragen allein auf die eigene Beobachtung verlassen, und daß wir den Wert der experimentellen Psychologie auch nicht unterschätzen dürfen. Und doch zeigt dieses Buch, daß das ernste Ringen nach Verstehen der Kindesseele unendlich wertvoller ist als die schönsten Resultate der experimentellen Psychologie. X In 7. Auflage ist A. Hermanns bewährtes Handbuch der Bewegungsspiele für Mädchen, bearbeitet von Fritz Schröder /Leipzig, Teubner/, erschienen.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Sonnenfinsternis 1914 Die Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis vom 21. August erlitt durch den Krieg sehr unerwartete Störungen. Die Totalitätszone ging in Europa von der norwegischen Alsteninsel durch die skandinavische Halbinsel, wo nördlich von Stockholm die schwedische Stadt Hernösand in ihr lag, dann über das Meer nach Rußland hinüber, über Riga, Minsk, Kiew, Cherson nach Feodosia in der Krim, von da aus weiter über das Schwarze Meer nach der asiatischen Türkei, Persien und Indien. Es waren deshalb mehrere wissenschaftliche Expeditionen zur Beobachtung der Finsternis ins Innere von Rußland aufgebrochen; sie mußten jedoch wegen des Kriegsausbruchs ihre Arbeiten abbrechen und in die Heimat zurückzukehren versuchen. Auch ein ausführliches Programm zur Ausführung von internationalen Versuchen über die Ausbreitung elektromagnetischer Wellen hatte bei Gelegenheit dieser Finsternis zur Ausführung kommen sollen. In der Reichweite der drahtlosen Telegraphie besteht bei Tag und Nacht ein großer Unterschied, ein Beweis für den starken Einfluß der Sonnenstrahlung auf die Ausbreitung elektromagnetischer Wellen. Dieser Einfluß muß auch bei einer Verfinsternung der Sonne sich bemerk-

bar machen, und in der Tat sind bei der Finsternis von 1912 mehrfach Unterschiede in der Empfangsintensität beobachtet worden; doch waren die Ergebnisse nicht sicher genug, um die Größe und Art des Einflusses der Sonnenstrahlung quantitativ festzustellen. Das sollte bei der Finsternis vom 21. August geschehen. Als Sendestationen waren Petersburg östlich von der Totalitätszone, Bobruisk (an der Beresina, im Gouvernement Minsk) in der Totalitätszone, ferner Nauen, Norddeich und Paris westlich von der Totalitätszone in Aussicht genommen, die in bestimmtem Rhythmus am 20. und 21. August von 10 bis 11½ Uhr vormittags und von 1½ bis 3½ Uhr nachmittags Zeichen auszusenden hatten, die von einer Reihe kleinerer Stationen zu beiden Seiten und innerhalb der Totalitätszone aufgenommen werden sollten. Damit eine gegenseitige Störung der von den verschiedenen Stationen ausgesandten Wellen nicht stattfände, waren für jede Station Wellen von einer besonderen Wellenlänge vorgesehen, für Petersburg solche von 5000 Meter, für Bobruisk von 2500, für Nauen von 9400, für Norddeich von 1670, für Paris von 2200 Meter, für die die einzelnen Empfangsstationen abgestimmt waren. Außerdem sollte in England eine Reihe von Empfangsstationen von der British Association eingerichtet werden, für die die Petersburger Station von 11¼ bis 1¼ Uhr fortlaufend Zeichen auszusenden sollte. Solche Versuche können natürlich nur auf internationaler Vereinbarung beruhen, und deshalb ist ihre Ausführung durch die Störung aller internationalen Beziehungen infolge des Krieges unmöglich gemacht worden. Es ist freilich auch in Schweden eine Reihe von ähnlichen Versuchen mit kürzeren Wellen und über geringere Entfernungen hin geplant worden, die hoffentlich zur Ausführung gelangt sind. Nachrichten darüber liegen zurzeit naturgemäß noch nicht vor. Auch eine nach Norwegen entsandte deutsche wissenschaftliche Expedition mit hauptsächlich photographischen Zwecken soll günstige Aufnahmen während der Totalität gemacht haben, die in erster Reihe der nähern Erforschung der Sonnenatmosphäre gelten, vor allem der Korona.

Aber auch eine andere Frage wird durch diese Aufnahmen vielleicht geklärt werden. Mit der in der Physik aufge-

stellten und unter den Physikern immer mehr an Anhängern gewinnenden Relativitätstheorie steht die Auffassung einer momentanen Fortpflanzung der Gravitation oder Schwerkraft in direktem Widerspruch. Verschiedentlich sind Versuche unternommen worden eine Gravitationstheorie aufzustellen, die von diesem Mangel frei ist. Auf der vorjährigen Naturforscherversammlung in Wien hat der Begründer der Relativitätstheorie, Einstein, über den Stand des Gravitationsproblems berichtet und im wesentlichen zwei Versuche dargestellt, um zu einer mit dem Relativitätsprinzip verträglichen Gravitationstheorie zu gelangen. Die erste rührt von Nordström her und scheint recht annehmbar; doch bleibt in ihr (nach Einstein) unbefriedigend, daß eine Relativität der Trägheit nicht aus ihr folgt, daß nach ihr die Trägheit der Körper zwar durch die übrigen Körper beeinflusst, aber nicht verursacht erscheint. Einstein hat daher im Verein mit Großmann einen andern Weg eingeschlagen, um zu einer Gravitationstheorie zu gelangen, indem er nämlich das Relativitätsprinzip erweitert oder verallgemeinert, so daß nicht nur gleichförmige Bewegung in gerader Linie, sondern auch ungleichmäßige Bewegung für uns absolut unerkennbar sein soll. Die Einsteinsche Gravitationstheorie führt nun zu der interessanten Folgerung, daß die Lichtstrahlen im Gravitationsfeld der Sonne eine Ablenkung erfahren müssen, und zwar in so starkem Maß, daß die dadurch hervorbrachte Abweichung der scheinbaren Position eines Fixsterns in der Nähe der Sonne für unsere Instrumente beobachtbar sein muß. Zeigen also die während der Totalität vorgenommenen Sonnenaufnahmen die der Sonne scheinbar sehr nahe stehenden Fixsterne mit einer kleinen Verschiebung gegen ihre Orte, so würde das als sehr starker Beweisgrund für die Richtigkeit der Voraussetzungen der Einsteinschen Ableitung gelten müssen. In Physikerkreisen sieht man den Resultaten dieser Aufnahmen mit begreiflicher Spannung entgegen: ist doch das Relativitätsprinzip noch nicht widerspruchslos von allen Physikern angenommen und noch weniger seine Erweiterung auf ungleichförmige Bewegungen, gegen die nicht unerhebliche Bedenken, zum Beispiel von Professor Mie (Greifswald) geltend gemacht worden sind.

Spektrumerweiterung Daß die elektromagnetischen und die Lichtwellen von der selben Art sind, und daß ihre verschiedene Wirkung auf unsere Sinne lediglich durch ihre verschiedene Wellenlänge veranlaßt ist, ist bei der Gleichartigkeit aller ihrer Eigenschaften im höchsten Maß wahrscheinlich. Es ist auch gelungen den leeren Zwischenraum im Spektrum zwischen den längsten Licht- respektive Wärmewellen und den kürzesten elektrischen Wellen beständig mehr und mehr zu verringern. Hertz stellte seine berühmten Versuche im Jahr 1888 mit elektrischen Wellen von 6 Meter Länge an, die in der Folge von ihm bald bis auf den 10. Teil, bis auf 60 Zentimeter, herabgesetzt werden konnten. In den neunziger Jahren gelang es die Wellenlängen wiederum nicht nur im 10fachen sondern im 100fachen Maßstab zu verkleinern, indem man elektrische Wellen von 6 Millimeter Wellenlänge erzeugte; dann ist man noch weiter, bis zu 3 Millimeter, heruntergegangen, und gegenwärtig ist man imstande elektrische Wellen von 2 Millimeter Länge hervorzubringen. Von der andern Seite her, von dem ultraroten Ende des Spektrums aus, das bei 0.0008 Millimeter beginnt, versuchte man Strahlungen von größerer Wellenlänge, die zwar dem Auge nicht mehr wahrnehmbar sind, aber sich durch ihre Wärmewirkung verraten, nachzuweisen. Die Methoden waren zunächst die der Optik mit gewissen Abänderungen der Prismen und des Prismenmaterials, und man gelangte auf diese Weise zu Wellenlängen, die nicht nur in die Tausendste!, sondern in die Hundertstel von Millimetern gingen, bis zu 0.022 Millimeter. Aber darüber hinaus versagte die Methode.

Es ist nun das Verdienst von Rubens durch Ausbildung der Reststrahlenmethode noch erheblich weiter gekommen zu sein. Läßt man die Strahlen, die von einem erhitzten Körper ausgehen, wiederholt an ebenen Platten aus einem bestimmten Material reflektieren, so erhält man bei genügender Zahl von Reflexionen schließlich nur diejenigen Strahlen in merklichem Betrag, für die die betreffende Substanz sogenannte metallische Reflexion zeigt. Mit den so erhaltenen Strahlen bei Sylvain kam Rubens Ende der neunziger Jahre bis zu Wellenlängen von 0,06 Millimeter und später sogar beim Jod-

tallium bis zu 0,15 Millimeter. In neuester Zeit ist nun Rubens eine abermalige erhebliche Erweiterung des ultraroten Spektrums geglückt, worüber in den Berichten der Berliner Akademie der Wissenschaften berichtet wird. Er hat gefunden, daß der Aronssche Quecksilberlichtbogen sehr langwellige Strahlen aussendet, und es gelang ihm sie durch Quarzlinsen abzusondern. Die nähere Untersuchung dieser Strahlen, deren Wellenlänge 0,2 Millimeter überschreitet und bis zu 0,4 Millimeter reicht, zeigt eine Reihe besonderer Eigentümlichkeiten. Die längsten dieser ultraroten Wellen sind 0,4 Millimeter lang, also fast einen halben Millimeter, und somit von den kürzesten elektrischen Wellen von 2 Millimeter nur noch durch einen Zwischenraum von wenig mehr als 2 Oktaven getrennt. Es liegt daher sehr wohl im Bereich der Möglichkeit, daß eine Strahlung von bestimmter Wellenlänge sowohl als Temperatur- oder Lumineszenzstrahlung als auch auf elektrischem Weg wird hergestellt werden können, und durch das identische Verhalten der auf beiden Wegen gewonnenen Strahlungen wird man dann den unmittelbaren Nachweis der Identität von Licht- und elektrischen Wellen führen können.

× **Kurze Chronik** Am 24. Mai starb in Berlin der Mathematiker Georg Hettner plötzlich im 59. Lebensjahr. Seit 1894 hatte er an der Technischen Hochschule in Charlottenburg einen Lehrstuhl für höhere Mathematik inne, über die er seit 1884 auch an der Berliner Universität las. × Nach den Beschlüssen des Internationalen meteorologischen Komitees sollen vom 1. Mai an die Angaben für den Barometerdruck in den ständigen Wetterberichten nicht mehr nach dem Quecksilberstand sondern in absoluten Einheiten gemacht werden. × Vom 22. bis zum 24. Mai tagte in Leipzig die Deutsche Bunsengesellschaft für physikalische Chemie. Von den dort gehaltenen Vorträgen seien der von H. von Wartenberg über dampfförmige Metallverbindungen, der von O. Hönigschmid über Revision des Atomgewichts des Urans, dessen genaue Kenntnis für die Frage der Erhaltung der Masse bei radioaktiven Umwandlungen von Bedeutung ist, und der von Haber über elektrochemische Reaktionen beim Stromdurchgang durch die Grenze des Gasraums gegen den Elektrolyten er-

wähnt. × Der Verein deutscher Chemiker hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Bonn vom 3. bis zum 5. Juni ab. Außer dem Vortrag von Haber, von dem oben berichtet wurde, sei ein Vortrag von Strauß Mikroskopische Stahluntersuchungen erwähnt, der zeigte, daß man durch den mikroskopischen Einblick in den Gefügebau der Stähle vielfach auch eine Erklärung für den Zusammenhang zwischen den physikalischen Eigenschaften und der chemischen Zusammensetzung der Stähle gewinnt. × Im Jahr 1614 erschien in Edinburg die *Mirifici Logarithmorum Canonis Descriptio* von John Napier, die ersten Logarithmentafeln mit vollständiger Angabe der Methoden der Anwendung. Zum Andenken hieran wurde von der Royal Society of Edinburgh am 24. Juli und an den folgenden Tagen die Napier Tercentenary Celebration veranstaltet, verbunden mit einem Kongreß, auf dem Vorträge über die historische Entwicklung und augenblickliche Praxis des numerischen Rechnens und andere Entwicklungen, die mit den Entdeckungen und Erfindungen Napiers in Beziehung stehen, gehalten wurden.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Geistesgeschichte des Sozialismus In dieser Zeit des schreckensvoll Ungeheuerlichen, des jähen Erwachens aus dem getrosten Glauben an die Sicherheit aller Kulturgrundlagen, auf denen unsere Arbeit für eine bessere Zukunft ruhen sollte, klingen die Stimmen in Max Adlers Buch *Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus* / Stuttgart, Dietz/ dem Leser seltsam, wie ein Ruf aus weiter Ferne, in das Ohr. Indes, die Hoffnung ist unbesiegbar. In dem Brand Europas schöpft sie aus dem schmucklos kühnen Heroismus des Volkes, dem mächtigen Aufflammen eines zu jeder Opfertat bereiten Solidaritätsbewußtseins neue Nahrung, ein Vertrauen, daß in der menschlichen Natur trotz allem Kräfte liegen, die unzerstörbar die Begeisterung für überindividuelle Ziele eines menschlichen Gemeinschaftslebens wach erhalten und, was für Hekatomben auch fallen, am Werk weiterbauen werden. Die Formeln, die man, um sich die Notwendigkeit fortschreitender Entwicklung gleichsam zu beweisen, aufgestellt hat, mögen der gewaltigen Rolle, die das Irrationale in

der Geschichte spielt, nicht genügend Rechnung getragen haben, in ihrer Zuspitzung zu optimistisch gewesen sein: der allgemeine Gedanke sozialen Aufstiegs zu einem menschenwürdigen, dem Zwang der Not und Ausbeutung entthobenen, die Möglichkeiten freier individueller Selbstentfaltung gewährenden Dasein und der sich mit diesem Gedanken erfüllende Wille bleiben sicher überdauernder Besitz. Die Deutungen, die jene Sehnsucht an der Geschichte vornimmt, können sich wandeln, aber auf den Versuch sie so zu deuten, sie irgendwie in innere Beziehung zu einem im menschlichen Hoffen und Wollen verankerten Ziel zu setzen wird menschliches Denken nie mehr verzichten.

Im Zeitalter der Aufklärung entstehend, sich fortsetzend in der abstrakten Gedankenarbeit der klassischen Philosophie, hat diese Entwicklungsidee im Marxismus, dem der ökonomische Prozeß mit den von ihm bedingten Klassenkämpfen im Rahmen des gesellschaftlichen Lebensprozesses als in erster Reihe entscheidender Bewegungsfaktor gilt, eine neuartige und realistisch fundierte Ausprägung erhalten, eine Form, in der sie als mächtig förderndes lebendiges Ferment in die große proletarische Emanzipationsbewegung einging. Adlers Wegweiser setzen sich die Aufgabe in einer Reihe von Einzeldarstellungen die Fäden bloßzulegen, durch die die Marxsche ökonomische Geschichtsauffassung und ihre Perspektive auf den Sozialismus als notwendiges Entwicklungsergebnis mit der Gedankenarbeit anderer großer Geister, namentlich der deutschen Philosophie, verbunden ist. Das Wort Friedrich Engels' »Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf abzustimmen nicht nur von Saint-Simon, Owen und Fourier sondern auch von Kant, Fichte und Hegel« könnte als Leitwort und Motto des Buches vorgedruckt sein. Rousseau und Schiller; die Utopisten Saint-Simon, Owen, Weitling; Feuerbach, Max Stirner, Ferdinand Lassalle werden unter diesem Gesichtspunkt betrachtet. Das Hauptinteresse aber konzentriert sich auf die 3 Abhandlungen über Kant, Fichte, Marx und Hegel, in denen der Verfasser gewisse, bereits früher von ihm ausgeführte Gedanken über die spezifische soziologische Bedeutung dieser Philosophien wiederholt und durch eine näher eingehende, sehr dankenswerte Charakteristik ergänzt. Eine Charakteristik, die ganz unabhängig von der Frage, ob

man jener Grundauffassung des Verfassers in allen Punkten beizupflichten vermag, ihren Wert behält.

Daß die Kantische Erkenntnis Kritik und damit weiter der Nachweis, daß das menschliche Denken bereits in seinen Grundfunktionen immer schon einen gesellschaftlichen, das eine Ich auf andere Ichs beziehenden Artcharakter trage, überhaupt erst ein sicheres und brauchbares Fundament für die Begründung und systematische Ausgestaltung der Sozialwissenschaft ergebe, daß hierdurch erst der Weg gewiesen sei, auf dem die soziale Eigengesetzlichkeit, um deren Darlegung die Soziologie sich bemühe, wahrhaft erlaßt werden könne, und daß aus diesem Grund der Marxismus als eine soziologische Theorie dem allgemeinen Kantischen Standpunkt einzuordnen sei, diese Ansicht Adlers erscheint mir (wie ich in Besprechung seiner früheren Schriften näher zu begründen suchte) irrig, eine in spekulative Unbestimmtheit sich verlaufende Konstruktion. Es ist doch niemand eingefallen abzustreiten, daß das Denken (welches immer die in ihm enthaltenen Grundbeziehungen seien) zur menschlichen Natur gehöre, und daß jede soziologische Entwicklungslehre die menschliche Natur, also den Grundstock menschlicher Anlagen und Bedürfnisse der zu gesellschaftlichen Verbänden zusammengeschlossenen Menschen, selbstverständlich stets voraussetze. Selbstverständlich sind alle gesellschaftlichen Beziehungen nur als Beziehungen von Menschen, leiblich und geistig so und so organisierter, ihr Denken in den Dienst ihrer Bedürfnisse stellender, also zwecksetzender Menschen zu erforschen. Womit dann auch zugleich schon gesagt ist, daß die Untersuchung sozialer Gesetzmäßigkeit nur in steter Reflexion auf Zwecke vorgenommen werden kann, die den vergesellschafteten Menschen, auf Grundlage ihrer Anlagen und Bedürfnisse, jeweils durch die Umstände, vor allem durch die jeweils gegebenen sozialen Verhältnisse, die Struktur ihrer Lebensfürsorge aufgedrungen werden, und insofern eine Betrachtungsweise verlangt, die von der Betrachtungsweise aller sonstigen mechanischen und organischen Naturgesetzmäßigkeit grundverschieden ist. Dies einzusehen hat es doch keines Kant bedurft; und die Zergliederung der Denkbeziehungen, die die Kantische Vernunftkritik vornahm, hat der soziologischen Forschung nicht einen neuen Fingerzeig zur

Lösung der ihr gestellten Probleme geben können. Auch die organische Verbindung, die Adler zwischen der Kantischen Ethik und dem vom Sozialismus erstrebten Gesellschaftsideal erkennen will, seine soziale Ausdeutung des Kantischen kategorischen Imperativs, wird schwerlich überzeugen. Das eigentlich Spezifische dieser Ethik, was sie von den Forderungen, die ähnlich aus dem allgemein gefaßten Humanitätsgedanken gezogen werden können, unterscheidet: das Streben einer metaphysischen Begründung der Moral auf reine, angeblich von jeder Beziehung zum Nutzen und zum Glücksgefühl abgelöste Vernunftprinzipien, wird dabei übersehen, mindestens verdunkelt. Das alles aber hindert nicht, daß eine Vergleichung jener deutschen Philosophie, insbesondere was den Entwicklungsgedanken anlangt, mit der marxistisch-sozialistischen Auffassungsweise eine Fülle interessanter Streiflichter erschließen mag. War die Beschäftigung mit ihr doch in Marx' Bildungsgang, wie er selbst angedeutet hat, eines der wichtigsten Momente. Sie hat den genialen umfassenden Blick für große Zusammenhänge, den Trieb und das Vermögen systematischen Begreifens in ihm aufs glücklichste gefördert.

Namentlich erfährt jene kleine und überaus gedankenreiche, in manchen Wendungen so merkwürdig an die materialistische Geschichtsauffassung anklingende Kantische Abhandlung Idee zu einer Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (deren Hauptinhalt den Lesern aus dem Referat, das ich darüber in meinem Artikel Die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants, in den Sozialistischen Monatsheften, 1903, 2. Band, pag. 683 ff., brachte, vielleicht noch in Erinnerung ist) bei Adler eine treffliche Würdigung. Ausgehend von der Annahme, daß »alle Naturanlagen eines Geschöpfes bestimmt sind sich einmal vollständig und zweckmäßig zu entwickeln«, betrachtet Kant hier die Geschichte als einen Prozeß, der, ohne Wissen und Willen der Individuen und Staaten, die im antagonistischen Interessengegensatz ihre Sonderziele verfolgen, ungeachtet allen Wirrwarrs im einzelnen, im Verlauf der Jahrhunderte einer vernünftigen, die Entfaltung aller Anlagen ermöglichenden Gesellschaftsbildung, dem Ideal einer »allgemeinen, das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft« zuzustreben scheine. Eine Gewißheit bestehe nicht, wohl aber

ließen sich gewisse Spuren eines solchen Fortschritts zu Höherem in der Gestaltung der inneren und äußeren Staatsverhältnisse, anfangend von der griechischen Geschichte über die mittelalterliche zur neuern Geschichte hin, entdecken. So könnten auch die Kriege als Versuche angesehen werden (zwar nicht in Absicht der Menschen, aber doch in Absicht der Natur) »neue Verhältnisse der Staaten zustande zu bringen und durch Zerstörung, wenigstens Zerstückelung alter, neue Körper zu bilden, die sich aber wieder, entweder in sich selbst oder neben einander nicht erhalten können, bis endlich einmal, teils durch die bestmögliche Anordnung der bürgerlichen Verfassung innerlich teils durch gemeinsame Verabredung und Gesetzgebung äußerlich, ein Zustand errichtet wird, der, einem bürgerlichen Gemeinwesen ähnlich, so wie ein Automat, sich selbst erhalten kann«. Indem man »allenthalben nur auf die bürgerliche Verfassung und deren Gesetze und auf das Staatsverhältnis acht hat, insofern beide durch das Gute, welches sie enthielten, eine Zeitlang dazu dienten Völker (mit ihnen auch Künste und Wissenschaften) emporzuheben und zu verherrlichen, durch das Fehlerhafte aber, das ihnen anhing, sie wiederum zu stürzen, so doch, daß immer ein Keim der Aufklärung übrigblieb, der, durch jede Revolution mehr entwickelt, eine folgende, noch höhere Stufe der Verbesserung vorbereitete, so wird sich, wie ich glaube, ein Leitfadenn entdecken . . ., eine tröstende Aussicht in die Zukunft eröffnet werden, in welcher die Menschengattung in weiter Ferne vorgestellt wird, wie sie endlich doch sich zu dem Zustand emporarbeitet, in welchem alle Keime, die die Natur in sie legte, völlig können entwickelt, und ihre Bestimmung hier auf Erden kann entwickelt werden«. Was Marx und Engels so oft betont haben, das ist, sagt Adler mit vollem Recht, »auch die Meinung Kants; die Menschen machen ihre Geschichte, aber nicht mit Bewußtsein, nicht unter selbstgewählten Voraussetzungen und nicht mit gewollten Resultaten; es kommt etwas anderes heraus als wir beabsichtigten, aber dies andere führt uns alle zusammen notwendig weiter«. Auch geht, von einigen mehr äußerlich konservativen Floskeln abgesehen, zweifellos ein starker demokratischer Zug, eine ausgeprägte Gegnerschaft gegen alle Privilegien der Geburt und gegen jede auto-

ritative Bevormundung des Volkes von seiten der Regierung und der Kirche, durch die gesamte Kantische Rechtsphilosophie. Und sein tiefes, von Adler aus dem Nachlaß zitiertes Wort »Der Mensch mag künsteln, so viel er will, er kann die Natur nicht nötigen andere Gesetze einzuschlagen; er muß entweder selbst arbeiten oder andere für ihn; und diese Arbeit wird anderen so viel von ihrer Glückseligkeit rauben, als er seine über das Mittelmaß erhöhen will« läßt darauf schließen, wie wenig ihm die bloße formale bürgerliche Gleichberechtigung, die er zunächst im Namen des Rechts verlangte, in ihrer Verwirklichung genügt haben würde, wie seine Rechtsidee darüber hinaus zu sozialistischen Konsequenzen drängte.

In der Fichteschen Philosophie tritt diese weitertreibende Tendenz mit aller Klarheit hervor. Adler nennt Fichte einen »wesentlich politischen Denker«, zugleich den »ersten deutschen Sozialisten der Neuzeit«. Nicht darum nur, weil er unter anderem auch jenes viel zitierte Schriftchen Der geschlossene Handelsstaat verfaßt hat, sondern weil diese Ausrichtung auf eine sozialistische Organisation des Rechts von vornherein in den Grundzügen seines Philosophieplans angelegt war und sich durch die verschiedenen Etappen seiner Entwicklung hindurchzieht. Recht und Gesellschaft erscheinen bei ihm als Wechselbegriffe von unabtrennbarer Verbundenheit. »Der Staat«, heißt es bei Fichte, »ist nicht die einzelnen, sondern ihr fortdauerndes Verhältnis zu einander, dessen immer fortlebender und wandelnder Hervorbringer die Arbeit der einzelnen ist, wie sie im Raum existieren.« Und das Eigentum, wie es das »Recht« verlangt, begründet sich nach seiner Auffassung durch das Recht eines jeden auf eine Tätigkeit, womit er sich physisch und zugleich als freies Vernunftwesen erhalten kann. »Es ist Grundsatz jeder vernünftigen Staatsverfassung«, erklärt er schon in seiner 1796 veröffentlichten Grundlage des Naturrechts, »jeder soll von seiner Arbeit leben können. . . Sobald also jemand von seiner Arbeit nicht leben kann, ist ihm das, was schlechthin das Seinige ist, nicht gelassen; der Vertrag ist also in Absicht auf ihn völlig aufgehoben, und er ist von diesem Augenblick an nicht mehr rechtlich verbunden irgendeines Menschen Eigentum anzuerkennen. . . Jeder besitzt sein Bürgerigentum nur auf die Bedingung hin,

daß alle Staatsbürger von dem Ihrigen leben können.« Der Geschlossene Handelsstaat und sein letztes Werk, die Rechtslehre von 1812, ziehen die vielfach ganz sozialistischen Folgerungen, die sich für ihn aus einer solchen prinzipiellen Auffassung ergeben. Eigentum als das Recht auf Arbeit bedeutet eigentlich, so formuliert er da den Gedanken von einer andern Seite, Freiheit, Muße durch Arbeit erworben. Und wenn die Arbeit das Mittel zur Freiheit und zur Muße ist, so ist es zugleich Aufgabe des Staates die Produktivität der Arbeit, soweit als möglich um dieses Zweckes willen zu erhöhen; es gehört zur Freiheit das Mittel immerfort zu verringern. . . Also ist es ein Zweck des Staates das Verhältnis der Arbeit des Ganzen zu reiner Muße immerfort günstiger zu machen, das heißt den Nationalreichtum zu vermehren. Seine Forderung geht, so resümiert es Adler, auf eine Rechtsordnung auf Grund einer völlig durch den Staat organisierten Produktion und Distribution mit Aufhebung des Grundeigentums, Neuverteilung desselben sowie aller Erwerbszweige unter dem Gesichtspunkt der auskömmlichen Existenz jedes einzelnen, allgemeine Arbeitspflicht, Loslösung der Kinder aus der Familie durch den Staat, ja schließlich sogar Neuordnung der Familie, kurz eine sozialistische Organisation der Wirtschaft und eine Begründung aller Kulturarbeit, die wirklich eine solche sein will, auf dieser als ihrer einzigen Bedingung.« Sein nationaler Erziehungsplan, wie er ihn in den Reden an die deutsche Nation entwirft, atmet verwandten Geist.

In Hegels Philosophie der Geschichte endlich erhält die Kantisch-Fichtesche Idee, daß die Geschichte eine Entwicklung zur »Freiheit« sei, die Form einer groß angelegten konstruktiven Gruppierung des weltgeschichtlichen Verlaufs, in der beim Ringen mit dem harten Stoff der Tatsachen tiefe Einsicht und unbedenkliche Gewalttätigkeit des Konstruierens sich seltsam in einander verschlingen. Das revolutionäre Feuer des Fichteschen Idealismus tritt hier hinter die Tendenz zurück in der Aufwärtsbewegung zugleich das relative Recht und die Notwendigkeit der einzelnen Etappen zu begreifen. Die Geschichte soll eine Selbstentfaltung des absoluten Geistes« sein, der sich der einzelnen, der Gruppen und Staaten zu seinem geheimen Zweck bedient. Man weiß,

wie diese Hegelsche Ideologie dann einen der Anstöße gab, die Marx' jungen Geist zur kritischen Arbeit trieben, wie er in deutlich durchgeführtem Gegensatz in dem berühmten Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie der Hegelschen Ideologie seine eigene Geschichtsauffassung entgegstellte als eine Theorie der in nachprüfbarem Kausalzusammenhang verlaufenden ökonomischen Bewegung, die durch Entfaltung der produktiven Kräfte und durch Klassenkämpfe höheren Ordnungen und endlich einer die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in ihrer Wurzel aufhebenden sozialistischen Organisation zustrebt.

X Kurze Chronik Die jetzt in 2. Auflage herausgebrachten Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe von H. Oswalt / Jena, G. Fischer / spiegeln das Unvermögen der sogenannten Grenznutzlehre, mit deren völlig unzulänglichem Begriffsmaterial sie arbeiten, in evidentester Weise wider. Da wo die Probleme der theoretischen Nationalökonomie in Wahrheit erst beginnen, ist diese Schule mit ihrer als »realistisch« angepriesenen Psychologie der subjektiven Wertung bereits am Ende. Die Kunst des Fortgleitens über das, was wirklich zu erklären wäre, ist selten bis zu solchem Grad wie in ihr entwickelt worden. Recht bezeichnend ist unter anderem, wie der Verfasser den Begriff des Unternehmergewinns, ebenso wie den der »Differentialrente, mit der ich Sie, meine Herren, nicht bemühen will«, als eine der »Verlegenheit« entsprungene »Künstelei« mit überlegener Miene abtut.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

Krieg und Musik So weit ab jetzt! alle künstlerischen Streitfragen vom Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen, so sehr auch der einzelne Schaffende seinen Sonderstandpunkt vergißt und in den Strom der alle Geister gleich machenden vaterländischen Begeisterung mit hingerissen wird, einen so starken Einfluß haben kriegerische Ereignisse oft auf die Musikgeschichte ausgeübt, und so stark hat der Pulsschlag bewegter Zeiten manchmal die Inspiration der Komponisten beflügelt. Die klassische Darstellung eines Helden der Weltgeschichte in Tönen, die Gestalt des Hel-

den in der Eroica, verdankt ihre Konzeption der großen begeisternden Wirkung, die Napoléons kriegerische Taten, seine faszinierende Persönlichkeit und seine über alle Hindernisse hinwegstürmende Willenskraft auf Beethoven ausübte. Hatte auch der Tondichter, dessen Ideale eines demokratischen Freiheitshelden durch Napoléons Kaiserproklamation zerstört waren, die Widmung zerrissen: bestehen blieb die gewaltige symphonische Wiedergabe des Heroentums, nicht der Taten eines bestimmten Helden, sondern der Idee des Helden an sich in den verschiedensten Entwicklungs- und Erscheinungsformen. Im Gegensatz zu dieser Darstellung des Heldenbegriffs steht R. Strauß' Heldenleben, das den Lebenslauf einer individuellen Heldengestalt in ihren Erlebnissen, Waffen- und Friedenstaten in gleicher Art wie in seinem Don Juan, Macbeth und Zarathustra schildert. Verläßt uns bei Beethovens Heldengestalt in keinem Augenblick das Empfinden des Titanischen, so fehlt bei dem neuzeitlichen, im tiefen Frieden entstandenen Helden der Eindruck überlegener Kraft. Sein Hauptthema ist nicht frei von großsprecherischer Selbstgefälligkeit, die realistisch geschilderte Schlacht erscheint wie ein mühevolleres Kämpfen gegen einen kaum erst zu nehmenden Gegner, und zum Schluß treibt die Unmöglichkeit der Verwirklichung seiner Ideale den resignierten Helden in die Einsamkeit des Landlebens. Verschiedenen durch den Krieg ausgelösten Empfindungen gibt Franz Liszt lebendigen Ausdruck in einigen seiner symphonischen Dichtungen. In den Préludes reißt der Trompete Sturmsignal den inmitten besänftigender Naturstim-mungen Ruhe suchenden Mann in die Reihe der Streitenden, um im Gedränge des Kampfes wieder zum Bewußtsein seiner selbst und in den vollen Besitz seiner Kraft zu gelangen. Die Héroïde funèbre malt das dunkle Kolorit der Schreckensszenen des Krieges, die Mischung von Siegesfanfaren und Sterbeseufzern aus; die Hunnenschlacht gibt Kaulbachs Gemälde in Tönen wieder. Zahllos ist die Reihe der im Anschluß an einzelne kriegerische Ereignisse geschaffenen Gelegenheitskompositionen. Beethoven feiert 1815 den Sieg bei Belle Alliance in der Symphonie Wellingtons Sieg oder die Schlacht bei Viktoria, einer Illustration des Kampfes; vorher, 1814, verherrlicht er den Sieg

und die Feier des Wiener Kongresses in der Chorkantate *Der glorreiche Augenblick*. Der Freude über die deutschen Siege im Jahr 1871 verdankt der *Kaisermarsch* Wagners und Brahms' *Triumphlied* seine Entstehung.

Unter den Soldatenliedern und Militärmärschen finden sich manche auch musikalisch wertvolle Kompositionen, deren energische schwungvolle Rhythmen, klare feste Harmonieen und einfache fortreibende Melodien Kriegsfreude und Siegesgewißheit ausdrücken. Auch die Oper hat sich die Darstellung des Krieges nicht entgehen lassen; *Hugenotten* und *Rienzi*, *Troubadour*, *La forza del destino* und *Aida*, das *Glöckchen des Eremiten* und die *Regimentstochter* enthalten eine Fülle bunter Bilder kriegerischen Lebens, die anfeuernden Klänge der Schlachtmusik, Märsche, Soldatenchöre, Gebete, Kampfszenen.

Auch der jetzige vom deutschen Volk mit der größten Einmütigkeit, der erhabensten Begeisterung und der opfermütigsten Hingebung geführte Krieg hat bereits, so kurz er erst währt, seine musikalischen Früchte getragen. Doebbers *Oper Aus der Franzosenzeit*, *Vaterlandslieder* von Blech und Fiedler sind Dokumente der allgemeinen Stimmung.

×
Musikfeste Unter den sommerlichen Musikfeiern ziehen am meisten die Tonkünstlerfeste des Allgemeinen Deutschen Musikvereins das Interesse weiterer musikalischer Kreise auf sich. Dadurch daß sie sich fast nur auf die Kompositionen der Neueren und Neuesten beschränken, geben sie, selbst wenn, wie auf dem diesjährigen Fest in Essen, die Ausbeute an bleibenden Werten nur gering ist, einen Überblick über Wege und Ziele der heutigen musikalischen Produktion oder wenigstens einen Ausschnitt daraus. Den Gipfelpunkt der diesmaligen Darbietungen bildeten die Uraufführungen zweier Opern, deren jeder ein bedeutender Erfolg beschieden war. In der ersten, *Herr Dandolo* betitelt, ist es dem Komponisten, Rudolf Siegel, gelungen eine von allen literarischen Präntentionen und allem Pathos freie, gemütvolle, dabei schwungvolle und fein gearbeitete Lustspieloper auf die Bühne zu stellen. Neben der innigen Melodik steht die harmonische Eigenart und eine geistreiche Instrumentierung, die der Musik Siegels eine besondere Würze gibt. Vor-

bildliche Behandlung der Singstimme, eine den Gesang niemals deckende Verwendung des verhältnismäßig kleinen Orchesterapparats sowie das lyrische und humoristische Elemente geschickt mischende Textbuch von W. Vesper verleihen der Oper, die im Essener Stadttheater eine vorzügliche Darstellung erlebte, eine besondere Bühnenwirksamkeit. Im Gegensatz zu dieser heitern Oper folgt die zweite Novität dem Wagner-Straußschen Stil. Der Schweizer Komponist Volkmar Andreae hat das Heinrich Heinesche Jugenddrama *William Ratcliff* mit einer großzügigen und schwerblütigen Musik umkleidet, deren Hauptvorzüge eine trotz einiger Abhängigkeit eigene Erfindung, eine interessante, häufig stark dissonierende Harmonik, eine zielbewußte dramatische Gestaltung und eine Instrumentalbehandlung, die die Singstimme stets zur Geltung kommen läßt, sind. Auch dieser Oper, deren Aufführung im Duisburger Theater vom Personal des Düsseldorfer Stadttheaters stattfand, war eine erfolgreiche Aufnahme beschieden. Unter den Orchesterkompositionen interessierte am stärksten eine *Symphonie* in F-Moll von Heinz Tieffen, eine ernste, gedankenvolle, vielleicht ein wenig zu überlegte und daher nicht ursprünglich genug wirkende Arbeit mit dem Motto *„Stirb und werde!“* sowie die ganz aus innerm aufrichtigen Musiziertrieb entstandene 2. *Symphonie* in Es-Dur von Franz Schmidt. Von den Werken der Jüngsten machte uns die *Ouvertüre Komödianten* von Julius Kopsch mit einem starken Talent bekannt, auf dessen weitere Entwicklung man gespannt sein kann. Von den Programmen der beiden Kammermusikkonzerte sind die gedankenvollen, leidenschaftlich empfundenen Lieder von Ludwig Rottenberg und die Chorsuite für Frauenstimmen *a cappella Nippon* (auf Übersetzungen japanischer Gedichte von Erwin Lendvai) hervorzuheben. Das gute Gelingen des Festes ist in erster Linie der ganz hervorragenden, hingebenden Leitung des Festdirigenten Hermann Abendroth zu verdanken.

Alle übrigen musikfestlichen Veranstaltungen haben nicht zum Ziel die moderne Literatur durch Entdeckung wertvoller Werke zu bereichern sondern wollen klassische und moderne Kompositionen von fortreibender Kraft und Wirkung in möglichster Vollkommenheit darbieten. Das 90. nieder rhei-

nische Musikfest in Düsseldorf hatte Verdis Requiem, Tschairowskijs pathetische Symphonie, Regers Ballettsuite und das Meistersingerfinale auf sein Programm gesetzt. Unter den Mitwirkenden wurde besonders der Dirigent Karl Panzer durch rauschende Ovationen ausgezeichnet. Zu dem 1. mittelrheinischen Musikfest haben sich Bonn und Koblenz zusammengetan und in der Geburtsstadt Beethovens die Missa sollemnis, Mahlers Lied von der Erde und Richard Strauß' Motette a cappella vor einem enthusiastierten Publikum zu Gehör gebracht. Bachfeste fanden im Mai in Wien und im Juni in Leipzig statt. Die Maifestspiele in Koburg und die Frühlingstestspele in Darmstadt brachten Mustervorstellungen von Opern, darunter in Darmstadt Aida- und Carmenaufführungen unter Nikisch.

Zum Schluß ist noch das 1. pomersche Musikfest in Kolberg, bei dem das Berliner Philharmonische Orchester unter seinem Dirigenten Camillo Hildebrandt ein Wagner- und ein Beethovenkonzert veranstaltete, und das 2. lippesche Musikfest in Detmold zu erwähnen, an dem ein Oratorium August Wewellers Die Sintflut zur Uraufführung kam und sich als ein sehr eigenartiges und bedeutendes Werk erwies.

× **Kurze Chronik** Der Komponist zahlreicher

Männerchöre und sehr bekannter und verbreiteter

volkstümlicher Lieder im Kärntner Dialekt Thomas Koschat ist gestorben.

× In Berlin starb der Direktor der Musikabteilung der Königlichen Bibliothek, Professor Albert Kopfermann, der sich neben seiner rastlosen Arbeit für den Ausbau der Musikabteilung durch Unterstützung aller Musikschritsteller mit sachkundigem Rat um den Fortschritt der Musikwissenschaft große Verdienste erworben hat. × Am 2. Juli war der 200. Geburtstag Glucks, des Opernreformators und eines der größten Männer auf dem Gebiet der Tonkunst. Ihm zu Ehren fand im Goethe-theater zu Lauchstedt eine Vorstellung von Orpheus und Eurydike statt, die die erste italienische Fassung des Werkes, wie sie Gluck 1762 für Wien geschaffen hat, wiederherstellte. Die Partie des Orpheus, die Gluck nach Sitte der Zeit für einen Kastraten geschrieben, in Paris aber einem Tenor übertragen hatte, wurde zum erstenmal wieder in der Originalfassung, und zwar von einem Bariton

gesungen. Ob dies Experiment gelungen ist, bleibt zweifelhaft. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß der uns wohlvertraute und gerade auch durch die Altstimme ergreifende Orpheus jetzt von der deutschen Bühne verschwinden wird. × Eine neue Oper von Engelbert Humperdinck, Die Marktentenderin, deren von Robert Misch verfaßtes Textbuch zur Zeit der Befreiungskriege in Caub spielt, fand bei seiner Erstaufführung im Kölner Stadttheater großen äußern Beifall. × Das Fest des 10jährigen Bestehens kann der Berliner Volkschor feiern, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat der Berliner Arbeiterschaft durch Mitwirkende aus ihren eigenen Reihen die Musik der großen Meister vorzuführen, zugleich aber durch Veranstaltungen von Solistenabenden und Kammermusikaufführungen wie durch Vortragszyklen, Theorie- und Stimmbildungskurse seinen Mitgliedern eine gründliche und vielseitige musikalische Bildung zu geben. In den 10 Jahren seines Bestehens hat der Verein neben zahlreichen Konzerten ohne Orchester 23 Aufführungen mit Orchester veranstaltet, deren Programm die großen deutschen Oratorien, wie das Paradies und die Peri, die Jahreszeiten, den Judas Makkabäus, das Brahms'sche Requiem, die Heilige Elisabeth sowie die Matthäuspassion umfaßt. × Ein Klavier mit Vierteltönen, auf dem man jedoch auch unter Ausschaltung der Vierteltonstufen wie bisher spielen kann, ist von Willy von Möllendorf konstruiert worden. × Ein neues Heft Tanz in einem Kreise! von Alice Hirschfeld hat der Verlag Teubner seiner Sammlung von Singtänzen und Volksspielen eingereiht. Der Band ist eine Zusammenstellung volkstümlicher Melodien skandinavischer Herkunft mit Beschreibung der Tanzschritte. Aus sinnemäßiger Übereinstimmung zwischen Text und Bewegungen entwickelt sich bei der Jugend Verständnis für das Wesen des Tanzes und den Ausdruck der Gebärde, und hieraus erwächst Ungezwungenheit des Spiels und natürliche Anmut der Bewegung. Die Ausführung der Tanzspiele in freier Luft ist um so leichter, als eine Begleitung nicht unbedingt erforderlich ist. Da die Melodien leicht zu behalten und die Bewegungen sehr anschaulich sind, so wird ein Versuch die Ungebundenheit der Spiele durch fest geregelte Tanzschritte zu ersetzen bei jeder Kinderschar freudigen Widerhall finden. × Die vom

Deutschen Bühnenverein preisgekrönte Übersetzung des Don Juan-Textes wurde im Rahmen einer Neuinszenierung der Oper im Dresdener Opernhaus erprobt; sie weist aber neben vielen Unsanglichkeiten eine Menge wenig günstig und ungenau übersetzter Stellen auf, zerstört unnütz eine uns allen liebgewordene Tradition und ersetzt vieles Charakteristische durch farblose, angeblich poetische Wendungen. Es ist, ehe Besseres geleistet wird, schon richtiger, man bliebe beim alten.

× **Literatur** ×
 In einer vollständig neu gefaßten 10. Auflage ist Julius Kapps Wagnerbiographie erschienen (Berlin, Schuster & Loeffler). Die Bedeutung dieses Buches für die Musikgeschichte besteht darin, daß es unabhängig von der tendenziös beeinflussten offiziellen Wagnerliteratur und dem Bayreuther Vertuschungssystem die Persönlichkeit des Meisters so darstellt, wie sie nach sämtlichen vorhandenen Quellen erscheint. Erst das in großer Fülle in den letzten Jahren neu zugänglich gewordene Briefmaterial sowie das Erscheinen der Autobiographie hat es ermöglicht, daß in dieser Auflage das Ideal einer einwandfrei objektiven, vollständigen, dabei nicht zu ausführlichen Lebensbeschreibung erreicht ist. Der 2. Teil, der sämtliche, auch die unbedeutendsten Schöpfungen Wagners in chronologischer Reihenfolge und mit kritischer Würdigung aufführt, bringt, da jetzt wohl keine bisher noch unbekanntten Werke mehr an die Öffentlichkeit gelangen werden, eine lückenlose Übersicht über Wagners Gesamtschaffen. Die freudige, sachlich begründete Begeisterung der Darstellung, die besonders den biographischen Teil beherrscht, der dabei doch keine Schwächen und Fehler Wagners verschweigt, sowie der auf 132 Bilder erweiterte illustrative Teil werden dazu beitragen dem Werk neue Freunde zu gewinnen. × Die romantischen Lebensschicksale einer der merkwürdigsten deutschen Sängerinnen und die Zeitumstände, aus denen sie erwachsen, bilden den Inhalt von Heinrich Stümckes umfangreicher Biographie der Henriette Sontag (Berlin, Gesellschaft für Theatergeschichte). Am 3. August 1825 trat die Sängerin zum erstenmal in Berlin in Rossinis Italienerin in Algier auf, und seit diesem Tag herrschte in ganz Berlin das *Sontagsieber*, und ein Kultus wurde mit der Künstlerin getrieben, von

dem man sich heute nur schwer einen Begriff machen kann. Man schlug sich um die Theaterplätze, die Polizei verbot das Beifallstrampeln, damit das Theater nicht zusammenbreche, die Kapellen sämtlicher Garderegimenter brachten ihr, als sie Berlin verließ, eine Abschiedsserenade, und am Rhein beteiligten sich die Behörden an ihrem Empfang. Ein solcher Enthusiasmus für das Theater, eine solche Überschätzung der Welt des Scheins war nur möglich in den Jahren 1815 bis 1848, zu der Zeit des Biedermeier, wo infolge der politischen Reaktion jedes Interesse der geistig regsamen Menschen an den öffentlichen Angelegenheiten schwand und die Beschäftigung mit dem Theater einen eigentlichen Lebensinhalt ersetzen mußte. Solche Ovationen waren ferner nur möglich gegenüber einer Sängerin, deren Rollengebiet und künstlerische Art dem Geschmack des Publikums entgegenkamen. Bekannt ist Bülow's scharfes Urteil aus dem Jahr 1852. Zwei Welten standen sich hier gegenüber: auf der einen Seite die Routine, die Beherrschung der äußern Technik, das Vorwiegen der Effekte, auf der andern die Forderung der Wahrheit des Ausdrucks, der Beseelung des Kunstwerks. Der Schwerpunkt des Buches liegt in der Schilderung jener Zeit, als Henriette Sontag nach ihrer Verheiratung mit dem Grafen Rossi der diplomatischen Stellung ihres Gatten ihre künstlerische Laufbahn zum Opfer brachte und sich bald durch ihre Anteilnahme an allen künstlerischen und auch politischen Dingen eine Stellung in dem gesellschaftlichen Leben des vormärzlichen Berlin zu erringen wußte. Hier weitet sich die Theatergeschichte zur Kulturgeschichte. Vor und nach dieser Zeit liegt ihre gesangliche Tätigkeit, vorher der Aufstieg zum Ruhm der gefeierten Sängerin, hinterher die Epoche, wo sie, von äußerer Not getrieben, ihre Künstlerfahrten wieder aufnehmen mußte. Das Buch ist flüssig und anschaulich geschrieben und liest sich um so leichter, als alle wissenschaftlichen Erörterungen in den Anhang verwiesen sind. Die auf sorgfältigem Studium unveröffentlichter Briefe und Handschriften beruhenden eigenen Forschungsergebnisse werfen eine ganz neue Beleuchtung auf viele Einzelheiten jener interessanten Zeit. × In die große Zeit Bayreuths der Jahre 1875 und 1876 gewinnen wir Einblicke, wenn wir Lilli Lehmann's Autobiographie (Mein Weg (Leipzig, Hirzel))

aufschlagen. Das Leben der Künstler zur Zeit der Ringeinstudierung, Intermezzi von den Proben, ihre oft sehr ausgelassenen Vergnügungen treten uns in lebendiger und ungezwungener Darstellung vor Augen, vor allem aber die Persönlichkeit Wagners selbst. Von nicht geringerem Interesse sind die übrigen Abschnitte des Buches. Der Stil ist in einem leichten, flüssigen Plauderton gehalten. Kulturgeschichtlich Interessantes wechselt mit Anekdoten, Episoden aus dem Theaterleben mit Schilderungen der Gastspielreisen nach Amerika. Eigene Briefe der Sängerin an ihre Mutter und Wagners an sie selbst sind eingestreut. Die ganze Entwicklungsgeschichte des Theaters in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts rollt sich vor uns auf. In den ausführlichen Einleitungskapiteln spricht die Künstlerin von der Geschichte ihrer Familie, es folgen die Jugendjahre in Prag, dann die Zeit der zunehmenden Berühmtheit in Danzig, Leipzig, Berlin, endlich die Jahre der künstlerischen Reife und der Triumphe in Bayreuth, Berlin, Amerika bis zu den Salzburger Musikfesten. Sehr sympathisch berührt die natürliche, aufrechte und ganz unprätentiöse Sprache. In einer Reihe von Bildern zieht die Wandlung ihrer Erscheinung in ihren wichtigsten Rollen an uns vorüber. X In 5., völlig umgearbeiteter Auflage präsentiert sich I. v. Bruiniers Schrift Das deutsche Volkslied /Leipzig, Teubner/. Die Änderungen bestehen vorwiegend in der Ergänzung und Konzentration des Stoffes, in Verkürzungen der theoretischen Erörterungen und in einer Vermehrung der Gedichtbeispiele. Eine wertvolle Bereicherung ist die Hinzufügung eines knappen übersichtlichen Abschnitts über die Volksweise. Kurzgefaßten Betrachtungen über das Alter der Volksliedermelodien, ihren melodischen Aufbau, über Dynamik, Takt und Rhythmus folgen interessante Bemerkungen über die Ähnlichkeit verschiedener Weisen unter einander und über Beziehungen verschiedener Lesarten des gleichen Liedes aus verschiedenen Gegenden zum Volkscharakter. Im ganzen bietet das Buch eine anschauliche und vollständige Darstellung von Art und Entwicklung des Volkslieds; Mairieder und Spottlieder, Schreiber- und Reitergesänge bis zu dem in das Volk gedrunghenen Kunstlied des 19. Jahrhunderts werden uns in zahlreichen erläuternden Beispielen nahegebracht. X

Allgemein verständlich gehaltene Ratschläge über die Behandlung und Bildung der menschlichen Stimme bietet die Schrift Adolf Molls Wie erhalten wir unsere Stimme gesund? /Leipzig, Teubner/. Neben Orientierungen über den Bau und die Funktion der Stimmorgane und Erklärungen der Ursachen von Störungen stehen Warnungen vor falscher Behandlung, Winke zur Verhütung gesundheitlicher Schädigungen und zur Vermeidung von Fehlern. Illustrationen veranschaulichen die Erörterungen. Die Schrift wird dem Berufssänger kaum etwas Neues bringen, dem aber, der beruflich viel und lange sprechen muß, und dem Gesangsschüler sehr von Nutzen sein.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Betriebsproblem In den Landwirtschaftlichen Jahrbüchern untersuchte der Diplomalbeiter Georg Schulze, ob und in welcher Weise das dem bäuerlichen Betrieb so förderliche Eigeninteresse auch auf den Großbetrieb übertragen werden kann. Von manchen Theoretikern, besonders von Dr. Franz Oppenheimer, wird zu diesem Zweck die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft empfohlen. Schulze zweifelt an ihrer Existenzfähigkeit, weil sie die im landwirtschaftlichen Betrieb besonders schwierige Aufrechterhaltung der Disziplin nicht verbürge. Sehr beachtenswerte Erfahrungen mit genossenschaftlichem Betrieb der Landwirtschaft hat nach Schulze die Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg gemacht. In dieser Obst und Gemüse bauenden Vereinigung, die allen Mitgliedern gleiche Rechte einräumt und ihre Leiter alle 3 Jahre von neuem wählt, ist das genossenschaftliche Interesse nach dem schriftlichen Bericht ihrer Verwaltung nicht stark genug, um die Mitglieder zur bestmöglichen Verrichtung ihrer Arbeiten zu veranlassen. Das zeige das Beispiel der dortigen sogenannten Ansiedler, die auch der Genossenschaft angehören und im Gesamtbetrieb arbeiten, aber außerdem noch einen eigenen Obstgarten besitzen. In diesen kleinen eigenen Gärten arbeiten sie noch weit sorgsamer und ökonomischer als in dem Genossenschaftsbetrieb. Auch in der Gewinnbeteiligung, und zwar sowohl in der Beteiligung am Reinertrag als auch am Rothertrag, sieht der Verfasser kein ge-

eignetes Mittel die Arbeiter am Gelingen ihrer Verrichtungen zu interessieren. Eher seien sie durch Prämienzuschüsse und Akkordlohnsysteme zu einer guten und schnellen Ausführung der Feld- und Stallarbeiten zu bewegen. Besonders empfiehlt Schulze den Großbetrieben den sogenannten Gruppenakkord häufiger anzuwenden. Für die Verrichtung der Handarbeiter (zum Beispiel Hacken, Rübenverziehen, Steinelesen, Unkrautjäten), durch deren sorgfältigere Ausführung der Kleinbetrieb dem Großbetrieb so ungemein überlegen sei, sollen die Ackerflächen in gleich große Parzellen eingeteilt werden und kleinen, sich frei bildenden Arbeitergruppen von 2 bis 4 Personen zur ausschließlichen Bearbeitung gegen einen festgelegten Akkordatz während eines ganzen Jahres überwiesen werden. Den intensitätssteigernden Einfluß der Entlohnung nach Stücklohnsätzen und speziell des Gruppenakkords auf ad hoc parzelliertem Gutsareal scheint mir Schulze zu überschätzen; vor allem rechnet er nicht damit, daß die Anwendungsmöglichkeiten des Akkordlohns in der Landwirtschaft viel begrenzter sind als in der Industrie, und daß die einheimischen Arbeiter gerade in weiten Gebieten Ostindiens für diese Lohnungsmethode nicht zu gewinnen sind. Dagegen gibt er selbst zu, daß im landwirtschaftlichen Großbetrieb der Akkordlohn in einer Hinsicht versagt: Wegen des häufigen Wechsels der Arbeitsverrichtungen steigert er die Geschicklichkeit der Arbeiter in viel geringerem Maß als in der Fabrik.

Es gibt demnach kein durchschlagendes Mittel das die bäuerlichen Betriebe charakterisierende und begünstigende Eigeninteresse auf den agrikulturnen Großbetrieb zu übertragen. Auch Schulze muß deshalb in allen Produktionszweigen, in denen das Eigeninteresse für den Erfolg der Arbeit ausschlaggebend ist, besonders also in der Viehhaltung und Viehzucht und im Obst- und Gemüsebau, die Überlegenheit der bäuerlichen Betriebe zugestehen. Mit Ausnahme der Kultur der beiden Ölfrüchte Raps und Rüben bestehe sie auch im Handelsgewächsbau. Der Hackfruchtbau im landwirtschaftlichen Großbetrieb leide darunter, daß die hierfür konstruierten Maschinen nur als Notbehelfe bei Mangel an Arbeitskräften betrachtet werden können, da die Güte ihrer Arbeit weit hinter der

Handarbeit zurückbleibe und ihre Anwendung oft noch die Betriebsunkosten erhöhe. Zu dieser unrentablen Maschinenkategorie seien die Hackmaschinen, Rübenheber, Kartoffellege- und -erntemaschinen zu zählen.

»Eine wirklich brauchbare Kartoffellegemaschine ist bisher noch nicht erfunden worden. Der Mißerfolg liegt an der verschiedenen Größe und dem großen Volumen der auszulegenden Früchte sowie an dem hohen Gewicht des auf die Flächeneinheit entfallenden Saatmaterials, das ungefähr 10mal so viel beträgt wie die Getreideaussaat. Außerdem kommt noch dazu, daß die Kartoffeln in den von der Maschine gezogenen Furchen weiterrollen und auf diese Weise Unregelmäßigkeiten hervorrufen, die später beim Behacken und Behäufeln der Pflanzen ein Umpflanzen mit der Hand, also eine bedeutende Handarbeit, erfordern. Ebenso muß der . . . Pferdehacke noch die Handhacke folgen. Überhaupt ist bei den Hackfrüchten die Bearbeitung mit der Hand weit wertvoller und meist rentabler, zumal beim Rübenbau das Verziehen der Pflanzen ohnehin stets mit der Hand ausgeführt werden muß. Die Pferdehacke bildet gewissermaßen nur eine Aushilfe bei Leutemangel, da die Qualität ihrer Arbeit bei weitem nicht mit der Handarbeit zu vergleichen ist. Hierin liegt ein bedeutender Vorzug des Kleinbetriebs, in dem diese Handarbeiten vermöge des Eigeninteresses des bäuerlichen Wirtes weit sorgfältiger ausgeführt werden als im Großbetrieb. Greifen wir allein das Verziehen der Pflanzen beim Rübenbau heraus. Stets wird der kleine Selbstbewirtschafter, der fast ausschließlich nur mit seinen Familienangehörigen arbeitet, bestrebt sein die kräftigsten und besten Pflanzen stehen zu lassen und wird so einen hohen Einfluß auf die Erntemenge ausüben; wogegen der Gutsarbeiter, der diese Arbeit meist im Akkord ausführt, nur bestrebt ist möglichst viel Arbeit zu bewältigen, ohne auf die Qualität seiner Arbeit Rücksicht zu nehmen. . . . Somit ist der Vorzug des Großbetriebs im Hackfruchtbau nur gering und wird durch das Eigeninteresse der kleinen Selbstbewirtschafter noch bedeutend herabgesetzt.«

Dagegen ist nach Schulze der Großbetrieb im Getreidebau überlegen, aber lange nicht in dem Maß wie es die Agrarmarxisten als Enthusiasten des Dampfplugs annehmen. Ihre übertrie-

bene Wertschätzung des Dampfpflugs als des Umwälers der landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverhältnisse schränkt der Verfasser wesentlich ein: »Vor allem wird dem Dampfpflug ein zu großer Wert zugeschrieben, ohne daß berücksichtigt wird, in wie vielen Fällen seine Anwendbarkeit auch in Großbetrieben durch eine zu starke Unebenheit, zu schlecht arrondierte Lage der Felder und nicht geeignete Bodenarten unmöglich ist. Der Dampfpflug verlangt große ebene Flächen mit bindigem, schwerem Boden. Da sich beim flachen Pflügen, wie es die leichteren Bodenarten, das Unterpflügen von Dung und das Schälen der Stoppeln verlangen, die Dampfkraft nicht rentiert und sogar im Gegenteil weit teurer ist als die Gespannarbeit, so ist es klar, daß in vielen Fällen das Pflügen mit Zugvieh vorgezogen wird, besonders weil es heute Pflugkonstruktionen gibt, mit denen ebenfalls eine Tiefkultur durchzuführen ist.« Nach alledem bietet auch diese jüngste sachkundige Erörterung des landwirtschaftlichen Betriebsproblems eine neue Bestätigung der Ansichten des sozialdemokratischen Agrarreformismus.

Viehversicherungswesen X
Fast alle mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehenden Unternehmungen scheinen wie diese selbst dem unser modernes Wirtschaftsleben sonst so vielfach beherrschenden Gesetz der Konzentration nicht unterworfen zu sein. Das gilt nicht nur von der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, zum Beispiel der Milch und der Kartoffeln in Molkereien und Trocknereien, die gerade als mittlere Betriebe am besten gedeihen, sondern auch vom landwirtschaftlichen Versicherungswesen, besonders von der Viehlebensversicherung. Während im nichtlandwirtschaftlichen Versicherungswesen die großen Unternehmungen den kleineren den Rang abzulaufen scheinen, ist die Entwicklung der größeren Viehlebensversicherungsgesellschaften außerordentlich langsam vor sich gegangen und vielfach ins Stocken geraten. Nach der überaus interessanten, auf einer umfassenden amtlichen Enquete aufgebauten Arbeit des Versicherungsrevisors im Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung Dr. Alfred Fratzscher Das örtliche Viehversicherungswesen im Königreich Preußen /Berlin, Parey/ arbeiteten im Jahr 1912 in Preußen 18 größere Viehversicherungsgesellschaften mit einer

Gesamtversicherungssumme von 156,33 Millionen Mark, wovon auf preußisches Gebiet etwa 100 bis 120 Millionen Mark entfielen. Das ist im Verhältnis zum Verkaufswert der versicherungsfähigen preußischen Viehbestände (nach der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 wurde er bei den Pferden (mit Ausnahme der Militärpferde) auf 2164,3, bei den Rindern auf 4093,5, bei den Schweinen auf 1176,6 und bei den Ziegen auf 50,6 Millionen Mark, zusammen also auf 7485 Millionen Mark ermittelt) wenig genug, besonders wenn man berücksichtigt, daß die ältesten noch heute bestehenden Viehversicherungsgesellschaften mit größerem Geschäftsgebiet schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gegründet worden sind. Eine ungleich raschere und lebenskräftigere Entwicklung haben die kleinen örtlichen Viehlebensversicherungsvereine genommen. Ihrer bestanden im Jahr 1912 in den 12 preußischen Provinzen 7934. Selbstverständlich sind sie im klein- und mittelbäuerlichen Westen sehr viel stärker verbreitet als im großbetrieblichen Osten. Die Gesamtversicherungssumme aller Vereine erreicht die beachtenswerte Höhe von 448 018 090 Mark, also ungefähr das Vierfache dessen, was die in Preußen arbeitenden großen Gesellschaften an Versicherungssumme auf preußischem Gebiet zusammengebracht haben. An Beiträgen sind von ihnen 1912 9 984 668 Mark vereinamt, für Entschädigungen dagegen 10 343 830 Mark verausgabt worden, wobei nicht zu vergessen ist, daß der Erlös für entschädigte Tiere eine wesentliche Einnahmequelle der Vereine darstellt. Die Gesamtverwaltungskosten beliefen sich auf 734 080 Mark, das heißt auf nur 7,4 % der Beiträge, während sich bei den 18 größeren in Preußen arbeitenden Viehversicherungsgesellschaften das Verhältnis der Verwaltungskosten zu den Prämieinnahmen auf durchschnittlich 25 bis 30 % stellte. Nicht zu unterschätzen ist schließlich das von der Gesamtheit der kleinen Vereine in Höhe von 6 717 523 Mark angesammelte Vermögen, das zumeist bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen zinstragend angelegt ist. Die Überlegenheit der kleinen Ortsvereine gegenüber der großen Gesellschaft mit ausgedehntem Geschäftsgebiet liegt in den beiden Momenten der ständigen Kontrolle des versicherten Viehbestands und in der Herabdrückung der Verwaltungskosten auf das denkbar niedrigste

Maß begründet. Durch häufige von Mitgliedern vorgenommene Revisionen der versicherten Bestände kann eine unzulässige Überversicherung ausgeschlossen, und außerdem können etwaige Mißstände in der Fütterung, Unterbringung und Benutzung der Tiere am ehesten beseitigt werden. Durch die Zusammenfassung von nur gleichartigen Risiken in den Ortsvereinen wird die Verwaltung wesentlich erleichtert, und dadurch, daß diese in den Händen der Mitglieder selbst liegt und für die Ausübung der Obliegenheiten des Vorstands und der Taxatoren entweder gar keine oder nur äußerst geringe Vergütungen gezahlt werden, wird die Gesamtheit nicht mit hohen Ausgaben für Beamte und Agenten belastet. Infolgedessen erreicht der Jahresbedarf der örtlichen Viehversicherungsvereine kaum die Hälfte desjenigen der großen Gesellschaften, ein Umstand, der jene mit dem Nimbus der Gemeinnützigkeit umgibt. Es ist unter diesen Verhältnissen kein Wunder, daß sich die kleineren Landwirte immer mehr von den größeren Gesellschaften zurückziehen und die Sicherstellung eines wesentlichen Teils ihres Betriebskapitals, ihres lebenden Inventars aus eigener Kraft betreiben. Natürlich stärkt der so billig erkaufte große Erfolg, den sie hierbei haben, auch ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Großbetrieb und Großbesitz.

Die Zukunft der örtlichen Viehversicherungsvereine und damit der gesamten Viehlebensversicherung liegt in ihrem Zusammenschluß zu Rückversicherungsveränden respektive -anstalten unter staatlicher Leitung und Förderung. Hiermit ist in den süddeutschen Staaten schon vor 2 Jahrzehnten begonnen worden. Zuerst wurde im Großherzogtum Baden durch das Gesetz vom 26. Juni 1890 eine staatliche Regelung der Rindviehversicherung insofern herbeigeführt, als die Rindviehbesitzer einer Gemeinde unter gewissen Voraussetzungen zu Ortsanstalten und diese wiederum zum Zweck des Ausgleichs außerordentlicher Schäden zu einem staatlich subventionierten Landesverband zusammengeschlossen wurden. Mit ähnlichen Einrichtungen folgte Bayern bald nach. Hier wurde durch das Gesetz vom 11. Mai 1896 eine Landesviehversicherungsanstalt und durch das Gesetz vom 15. April 1900 eine Landespferdeversicherungsanstalt errichtet, die ebenfalls staatlich organisierte Verbände von Ortsvereinen darstellen und zur Ver-

minderung der Beitragslast staatliche Zuschüsse erhalten. Elsaß-Lothringen schloß sich diesem Vorgehen 1896, Koburg 1899 an. Im vergangenen Jahr ist auch im Königreich Sachsen die durch Verordnung vom 29. Januar 1909 auf der Grundlage der lokalen Organisation errichtete Anstalt für staatliche Viehversicherung hinsichtlich der Pferdeversicherung in Kraft getreten.

In dem Maß wie der preußische Osten immer mehr bäuerlichen Charakter annimmt, wird auch für Preußen die staatliche Organisierung der lokalen Viehversicherung eine immer dringlichere Aufgabe. In den Provinzen Sachsen und Ostpreußen sind bereits Verbände der Ortsvereine im Anschluß an die Landwirtschaftskammern ins Leben gerufen worden, und neuerdings beabsichtigen Brandenburg und Schlesien Verbände von Ortsviehversicherungsvereinen in Anlehnung an die Provinzialverwaltung zu errichten. Dieses Vorgehen der Provinzen hat den preußischen Landwirtschaftsminister veranlaßt die preußischen Landesdirektoren zu Beratungen über die Vorbereitung einer öffentlichen Viehversicherung zusammenzuberufen. Die Kommission der Landesdirektoren hat auf der vorjährigen Tagung des preußischen Landesökonomiekollegiums Beratungen gepflogen und zunächst die Aufnahme einer Statistik über das örtliche Viehversicherungswesen beschlossen, deren Ergebnisse nun in Dr. Fraatzschers Arbeit der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Entsprechende Organisationsmaßnahmen und Gesetzgebungsakte dürften nun auch in Preußen bald zu erwarten sein. Hoffentlich schlagen sie den in Baden und Bayern bewährten Weg der staatlich erzwungenen und durch Subsidien begünstigten Zusammenfassung der Ortsviehversicherungsvereine in staatlichen oder, was für Preußen seiner Ausdehnung wegen vorzuziehen ist, provinziellen Anstalten ein.

× Kurze Chronik ×
Das landwirtschaftliche Institut an der Universität Halle, eine der hervorragendsten Lehr- und Forschungsstätten der Welt, feierte Ende Juni das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens, wobei ein neuingerichtetes Institut für Tierzucht feierlich eröffnet wurde. Das von Professor Julius Kühn begründete Institut wird jetzt von Professor Wohltmann in seinem Geist geleitet. Als Jubi-

läumsdenkschrift erschien, mit 34 Tafeln und zahlreichen Textabbildungen ausgestattet, der 5. Band des von Professor Wohltmann im Verlag von Parey in Berlin herausgegebenen Kühnarchivs. × Fast gleichzeitig feierte die Königliche Landwirtschaftsgesellschaft Hannover (früher Celle) das Fest ihres 150jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß gab sie eine 900 Seiten starke und mit vielen Abbildungen geschmückte Festschrift heraus, die viel wertvolles und gut verarbeitetes Material zur Kenntnis der hannoverschen Landwirtschaft enthält. × Die Hauptversammlung des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften fand Anfang Juli in Breslau statt. Nach dem von dem Landesökonomierat Johannsen (Hannover) erstatteten Jahresbericht sind im letzten Jahr 1412 neue landwirtschaftliche Genossenschaften gegründet worden. Die Hauptvorträge wurden vom Verbandsdirektor des bayrischen Landesverbands Freiherrn von Freyberg über die Erfahrungen der Genossenschaften mit dem bayrischen Güterzertrümmerungsgesetz und von dem Dezerenten im preußischen Landesökonomiekollegium über die Heranziehung der ländlichen Arbeiter zu den ländlichen Genossenschaftsorganisationen gehalten. × In der Umgegend von Stade ist der überaus gefährliche Koloradokäfer auf Kartoffelfeldern aufgetreten.

× Literatur

Der Redakteur des Passauer Organs des niederbayrischen christlichen Bauernvereins Dr. Sittler hat die Agrarliteratur der deutschen Sozialdemokratie fleißig studiert, und seine Broschüre Sozialdemokratie und bäuerliche Bevölkerung /München, Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine/ verdient deshalb auch von Parteigenossen gelesen zu werden. Als Kampfschrift enthält die Broschüre natürlich mancherlei Irrtümer und Entstellungen. Beispielsweise will Sittler aus der Äußerung Eduard Bernsteins in den Sozialistischen Monatsheften (1911, 1. Band, pag. 430) »Beim Schutzzoll . . . ist . . . gerade bei der Landwirtschaft die Gefahr nicht gering, daß er Betriebsformen, die ökonomisch keine Existenzberechtigung mehr haben, künstlich über Wasser hält« schließen, weshalb die Sozialdemokratie in der Praxis nichts vom Schutz-

zoll für die Landwirtschaft wissen will: »Der Kleinbetrieb ist rückständig, eine Betriebsform, die ökonomisch keine Existenzberechtigung mehr hat; der Schutzzoll hält diese Betriebsform aber über Wasser. Deshalb weg mit dem Schutzzoll.« Es braucht nicht näher dargelegt zu werden, daß eine derartige Argumentation der Sozialdemokratie und besonders dem Genossen Eduard Bernstein, der in der Betriebsfrage bekanntlich dem sozialdemokratischen Agrarreformismus nahesteht, vollständig fernliegt. × Von der durch Vollständigkeit und Zuverlässigkeit ausgezeichneten Schrift E. Langenbecks Ansiedlungsmöglichkeiten für Bauern und Landarbeiter in Deutschland /Berlin, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft/ liegt bereits das 6. bis 10. Tausend vor. 8 Bilder und gute Literaturangaben erhöhen ihre Brauchbarkeit. × Gleichfalls für die breite Masse der Ansiedlungslustigen ist die Schrift des Amtsrichters Walther Heidenhain in Strassburg in Westpreußen Wegweiser für Bauern und Arbeiter, die sich ansiedeln wollen /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ bestimmt. Dieser Schrift kommt es zugute, daß ihr Verfasser der Leiter einer unserer erfolgreichsten Kleinsiedelungsgenossenschaften ist und daher ansiedlungslustigen Arbeitern und Bauern auf langjähriger Erfahrung beruhende praktische Ratschläge zu geben vermag. Von der Landarbeiterstelle von 4 bis 6 Morgen sagt der höchst sachkundige Verfasser: »Man wohnt frei, erspart also die Miete, hat einen großen Teil der Lebensmittel (Milch, Kartoffeln, Brotkorn, Gemüse, auch Fleisch vom Schwein respektive Schaf) und kann, wenn nicht großes Mißgeschick in der Familie oder der Wirtschaft eintritt, in wenigen Jahren ein schönes Stück Geld ersparen. . . Mir ist der Eigentümer einer Stelle mit 6 Morgen Landzugabe bekannt, der fast aus jedem Wurf seiner Zuchtsau (ein Schwein wirft in 2 Jahren 3- bis 4mal) 350 bis 450 Mark einnimmt.« × Die Vorträge, die der Klub bayrischer Landwirte alljährlich im Januar zu München veranstaltet und unter dem Titel Vorträge für praktische Landwirte im Selbstverlag in Buchform veröffentlicht, behandeln vielfach auch Fragen von allgemein volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Publikation ist daher auch von allgemeinerem Interesse.